Rhedder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 113 | Freitag, den 24. April 1931 | Jahrgang 1931

Um Bayerns Landtag

Von unserm Münchener Korrespondenten.

:: München, 21. April.

Es hätte kein Mensch gedacht, daß die Begründungsschrift des bayerischen Staatsgerichtshofes zu dem im Februar gefällten Urteil über die Rechtsgültigkeit der Landtagsbeschlüsse einen solchen Aufruhr in politischen Kreisen erregen würde, wie es tatsächlich geschehen ist. Der plötzliche Umschwung aus tiefstem politischen Frieden — kaum gestört durch eine nebensächlichere Ausschußdebatte oder durch sonst einen politischen Sturm im Wasserglas — zum heftig brodelnden Meinungskampf kam zu überraschend und nun steht eine Ansicht unversöhnlich gegen die andere, ohne daß sich zur Zeit irgend ein Weg aus dem allgemeinen Wirrsal zeigen würde.

Der bayerische Staatsgerichtshof hat sich nach langen Ueberlegungen und nach der schwierigen Umschiffung mancher Klippen im eigenen Bereich zu der Feststellung bekannt, daß der aus der Wahl vom 28. Mai 1928 hervorgegangene Bayerische Landtag „mit einem Fehler behaftet und deshalb anfechtbar und vernichtbar", aber trotzdem auch für die Zukunft zu rechtsgültigen Beschlüssen berechtigt sei. Diese Feststellung war mit einer Mahnung begleitet, daß der Landtag innerhalb eines unter Berücksichtigung aller rechtlichen und staatspolitischen Umstände zu bemessenden angemessenen Zeitraumes die notwendige Verbesserungsarbeit vornehme.

Die Pfeile, die der Staatsgerichtshof hier gegen den bestehenden Landtag abgeschossen hat, gehen zunächst gegen die famose bayerische Einrichtung der Landesmandate, mit denen die bayerischen Parteien bisher ihre Reststimmen verwertet haben. Darüber, daß die Landesmandate, 15 an der Zahl, im Hinblick auf die Rechtsmeinung des Staatsgerichtshofes verschwinden müssen, herrscht kaum ein Zweifel. Nur ist man sich in den Parteien über die Frage gegenseitig in die Haare geraten, ob die zu erwartende Ungültigkeitserklärung der Landesmandate durch den Wahlprüfungsausschuß des Landtags den ganzen Landtag mit sich reißt oder ob auch ohne die Landesmandatare der Landtag rechtsgültig arbeiten kann. Ein ganzer Rattenschwanz von Auslegungen der bestehenden Rechtslage hängt sich an diese Kardinalpunkte des Meinungsstreits und hat geradezu einen gordischen Knoten geschürzt.

Die Verwirrung wird zweifellos gesteigert durch die, allerdings bisher nur von der Bayerischen Volkspartei offen ausgesprochene Tatsache, daß der Rechtsstreit längst von politischen Erwägungen durchtränkt ist. Das Trommelfeuer der Zeitungsartikel, das die Rechte (Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) auf die bayerische Oeffentlichkeit losläßt, erstrebt die restlose Auflösung des Bayerischen Landtags und sofortige Neuwahlen. Die Rechte rechnet hierbei insbesondere mit der durch allerlei Tamtam dem gemeinen Mann vorgetäuschten Zugkraft der Nationalsozialisten und möchte hier gerne noch, so weit es immer geht, etwas profitieren. In der Mitte stehen die Sozialdemokraten. Sie haben sich bisher nach Kräften aus dem Meinungskrieg ferngehalten, wenn sie auch ohne weiteres zugeben, daß sie einer sofortigen Auflösung des Landtags durchaus abhold sind. Ihnen wäre wohl am liebsten eine Neuwahl im Herbst, und zwar aus der Ueberlegung heraus, daß Hitler bis dorthin noch weiter abgewirtschaftet habe und die politische Konjunktur vorteilhafter sei als nach der Not eines neuen Winters. Diese Erwägungen sind auch in der Bayerischen Volkspartei ziemlich mächtig, und es gibt auch in Regierungskreisen Leute genug, die einen Wahltermin im Herbst nicht für ungünstig halten. Solange aber die Bayerische Volkspartei noch nicht offiziell gesprochen hat, — und das wird auch erst dann der Fall sein, wenn sich aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses über die ganze Angelegenheit zuverlässige Schlüsse auf die politisch-parlamentarische Lage bezüglich der weiteren Existenz des Landtags ziehen lassen —, solange bleibt die Frage nach der Weiterentwicklung der Dinge durchaus offen. Nur das eine steht fest: Von einer sofortigen Auflösung des Landtags kann keine Rede sein. Auch im Herbst ist das Gesetz des Handelns bei der Bayerischen Volkspartei, und es besteht weder heute noch morgen Anlaß zur Annahme, daß sich die mächtigste Partei in Bayern den neuen Wahltermin zu einem ihr unangenehmen Zeitpunkt wird vorschreiben lassen.

Drummonds Berliner Besprechungen.

◆ Berlin, 23. April.

Wie wir erfahren, war der heutige Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, beim Reichsaußenminister nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Die Hauptbesprechung zwischen den beiden Herren wird erst morgen stattfinden, nachdem sie heute nachmittag in einer längeren Aussprache zwischen Drummond und den zuständigen Herren der Völkerbundsabteilung des Auswärtigen Amts vorbereitet worden ist. Reichskanzler Dr. Brüning wird übrigens den Generalsekretär morgen ebenfalls sehen und zwar morgen abend bei einem Diner, das die englische Botschaft aus Anlaß der Berliner Anwesenheit Drummonds gibt. Sachlich handelt es sich bei den ganzen Besprechungen übrigens, wie bekannt, um die programmäßige Vorbereitung der Maitagung des Völkerbundsrats und gewisse Personalfragen, an denen Deutschland interessiert ist.

Politischer Hochbetrieb mit vielen Sorgen.

Die gestrige Kabinettssitzung.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ Berlin, 23. April. (Drahtb.)

Das Reichskabinett hat nach der Osterpause seine Arbeit wieder aufgenommen, und stand am ersten Tage bereits mitten im Hochbetrieb. Den Auftakt zu der neuen Regierungsarbeit bildete der Besuch des amerikanischen Botschafters Sackett beim Reichskanzler. Sackett fährt morgen auf einige Wochen nach Amerika und wollte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, mit dem Reichskanzler besonders die Wirtschaftsfragen zu besprechen, die in der Hauptsache Deutschland und Amerika betreffen. Wie verlautet, hat der Reichskanzler dem amerikanischen Botschafter in einer längeren Unterhaltung die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und unseren Standpunkt in der Reparationsfrage dargelegt und dazu für seinen Bericht an das Washingtoner Kabinett die nötigen Unterlagen überreicht. Es ist anzunehmen, daß bei der Unterredung der beiden Staatsmänner das internationale Kreditproblem in Verbindung mit der deutschen Wirtschaftsentwicklung die Hauptrolle gespielt hat.

In der Kabinettssitzung, die gegen Abend stattfand, konnten selbstverständlich noch keine Beschlüsse gefaßt werden. Zunächst wurde nur der Arbeitsplan festgelegt. Allerdings ist nach wie vor damit zu rechnen, daß die agrarpolitischen Fragen an erster Stelle zur Beratung kommen werden. Daß Eile geboten ist, ergibt sich nicht nur aus dem Drängen der landwirtschaftlichen Einzelverbände und des Reichsernährungsministers Schiele, sondern besonders auch aus der Tatsache, daß der Brotpreis wieder zu steigen beginnt. Zu all den Sorgen, die das Reichskabinett ohnehin schon hat, namentlich auch in sozialpolitischer Hinsicht, kommt jetzt auch noch der schwache Steuereingang, durch den das Defizit noch größer wird, als angenommen worden war. Die dadurch notwendigen Einsparungen beim Etat 1931/32 werden daher auch höher sein müssen, als bisher vermutet wurde. Es wird sich, um wirklich Einsparungen in Zukunft erzielen zu können, nicht umgehen lassen, die Frage der Reichsreform anzuschneiden. Denn eine Verbilligung der Verwaltung garantiert in erster Linie eine Verminderung des dauernden Defizits.

Ueber die Kabinettssitzung wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Das Reichskabinett trat heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichspräsidenten zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Die Beratungen galten zunächst der Festlegung des vom Reichskanzler vorgelegten Arbeitsprogramms. Der Reichsfinanzminister erstattete alsdann einen eingehenden Bericht über die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden, an dem sich der Bericht des Reichsarbeitsministers über die Arbeitslosigkeit und die vom Reichsarbeitsministerium zu erledigenden Aufgaben und der des Reichsverkehrsministers über die Situation der Reichsbahn anschlossen. Die Verhandlungen des Reichskabinetts werden am Sonnabend fortgesetzt.

Ob es in dieser Woche noch zu einem Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler kommen wird, ist fraglich. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten ihren Besuch beim Reichskanzler bereits angemeldet. Sie wollen hauptsächlich wegen der Erhöhung des Brotpreises Einspruch erheben. Aber auch wegen der Beschlüsse, die auf dem sozialpolitischen und finanziellen Gebiet zu fassen sind, wollen die Sozialdemokraten rechtzeitig vom Reichskanzler gehört werden, damit sie nicht, wie sie sagen, eines Tages vor vollendeten Tatsachen stehen. In parlamentarischen Kreisen wird ernsthaft davon gesprochen, daß die Sozialdemokraten die Einberufung des Reichstages fordern würden, falls sie bei der Reichsregierung kein Entgegenkommen finden sollten. Neben den Sozialdemokraten haben auch einige Rechtsparteien, in erster Linie die Landvolkpartei, den Wunsch geäußert, vom Reichskanzler empfangen zu werden. Der Termin für die Besuche der Parteiführer beim Reichskanzler dürfte nach unseren Informationen in der nächsten Woche liegen.

Die gefährdeten Flottenverhandlungen.

Sucht Frankreich die Konferenz zu verschieben?

:: Genf, 21. April.

Der als gut unterrichtet bekannte Pariser Berichterstatter des „Journal de Genève" meldet am Dienstag, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derart ungünstige Wendung genommen, daß gegenwärtig nur noch versucht werde, nach außen hin den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbefristete Vertagung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Franzosen gemachten Schwierigkeiten vorbereitet. Damit sei jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen sowie die Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigten, müsse die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.‖

Italienische Kritik.

:: Rom, 23. April.

Der französische Botschafter Beaumarchais hat heute vormittag dem italienischen Außenminister Grandi einen Besuch abgestattet, der von einem Teil der römischen Presse mit der Ueberreichung der neuen französischen Vorschläge zur Abänderung des Flottenabkommens im Zusammenhang gebracht wird. Das außenpolitische Interesse der italienischen Zeitungen konzentriert sich seit einigen Tagen auf die Londoner Flottenverhandlungen, die bekanntlich am 14. d. M. hätten wieder aufgenommen werden sollen, aber immer noch nicht in Gang gekommen sind. Der neue französische Schritt und die französischen Handlungen überhaupt werden vom „Lavora Fascista" einer scharfen Kritik unterzogen, die in der Bemerkung gipfelt, es müsse endlich klargestellt werden, ob die am 1. März zustandegekommene Flottenverständigung bestehe oder bereits hinfällig geworden sei. Italien sei darin bis zur äußersten Grenze seiner Zugeständnisse gegangen. Der Londoner Korrespondent der „Tribuna" erklärt, Frankreich wolle mit seinen Vorschlägen die Paritätsfrage, die durch das Abkommen von Rom bis Ende 1936 nicht präjudiziert werden sollte, durch ein fait accompli aus der Welt schaffen.

Schweres Kleinbahnunglück in Frankreich.

14 Tote, 30 Verletzte.

◇ Paris, 23. April.

Auf einer Kleinbahnstrecke bei Fromelles in der Nähe von Lille stieß heute nachmittag ein mit Arbeitern vollbesetzter Autobus mit der Lokomotive eines Kleinbahnzuges zusammen. Dem Lokomotivführer wurde ein Arm fortgerissen. Nach den letzten von Havas erhaltenen Meldungen sollen 14 Tote und 30 Verletzte gezählt werden. Einzelheiten fehlen noch.

Von anderer Seite wird uns noch darüber berichtet: Die Eisenbahnstrecke, an der sich das Unglück ereignete, wird heute nur noch ganz selten befahren, da die Verbindung, die der Zug aufrechterhalten sollte, seit einiger Zeit durch einen regelmäßigen Autobusdienst ersetzt worden ist. Am Donnerstag nachmittag hatte man aber dennoch einen Zug auf die Strecke geschickt. Der Autobus, der die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Arbeit nach Hause bringen sollte, kam zu gleicher Zeit am Bahnübergang an, an dem weder eine Schranke noch ein Signal die Ankunft des Zuges anzeigte. Der Zusammenprall war nach Angaben von Augenzeugen geradezu furchtbar. Der Autobus wurde von der Lokomotive des Zuges in voller Breitseite erfaßt, einige Meter weit mitgerissen und dann auf den Bahndamm geschleudert. Gendarmerie und Sanitätsmannschaften wurden sofort benachrichtigt und richteten einen Rettungsdienst ein. Aus dem Trümmerhaufen zog man nach und nach 14 zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen und etwa 30 Verletzte, von denen eine große Anzahl in hoffnungslosem Zustande in das Liller Krankenhaus überführt wurde. Die Liller Gerichtsbehörden haben bereits eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldfrage eingeleitet.

Eisenbahnunglück in Polen.

✓ Warschau, 23. April.

Bei Rogow im mittleren Kongreßpolen entgleiste heute nacht ein Güterzug, weil der Eisenbahndamm unterspült war. Ein zweiter Güterzug fuhr dann in den entgleisten Zug hinein. Insgesamt wurden 48 Wagen zertrümmert. Ein Eisenbahnbediensteter wurde getötet, zwei wurden schwer und acht leicht verletzt.

★

Der Vizemarschall der englischen Luftstreitkräfte tödlich verunglückt.

● London, 23. April.

Wie das englische Luftfahrtsministerium mitteilt, fanden heute der Vizemarschall der englischen Luftstreitkräfte, Vesey holt, und der Fliegerleutnant Moody bei einem Zusammenstoß zwischen zwei leichten Flugzeugen im Seahurstpark den Tod. Die Insassen des anderen Flugzeuges, der Pilot und sein Begleiter, blieben unverletzt. — Dieses Flugzeugunglück ist der 17. Absturz von Flugzeugen der britischen Luftstreitkräfte d. Js. und erhöht die Zahl der Todesopfer auf 37.

★

Im Goldbergwerk verschüttet.

¶ Bombay, 23. April.

In den Goldbergwerken von Oorsaum in der Provinz Mysore trat unvermutet ein schwerer Gesteinssturz ein, durch den eine größere Anzahl von Bergleuten verschüttet wurden. 17 wurden verletzt und zwei getötet. 13 werden vermißt.

Kommunistischer Antrag auf Einberufung des Reichstages.

◆ Berlin, 23. April.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingereicht, der die Regierung auffordert, keinerlei weitere Abbaumaßnahmen in der Erwerbslosen-, Knappschafts- und Invalidenversicherung, wie auch der Kriegsbeschädigtenfürsorge vorzunehmen und die Krisenfürsorge auf alle Ausgesteuerten und Nichtunterstützten auszudehnen.

Der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, der Abgeordnete Walter Stöcker, hat zugleich bei dem Präsidenten des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt zwecks Beratung dieses Antrages und einer im gleichen Sinne gehaltenen Interpellation an die Reichsregierung.

★

Reichspräsident von Hindenburg empfängt den Reichskanzler.

÷ Berlin, 23. April.

Der Reichspräsident empfing heute Herrn Reichskanzler zu einer eingehenden Besprechung über das Arbeitsprogramm der Reichsregierung.

★

Gegen weitere Kürzung der Beamtengehälter.

Eingabe des Deutschen Beamtenbundes an den Reichskanzler.

+ Berlin, 23. April.

Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in der er glaubt, auf die durch die ständigen Erörterungen über weitere Gehaltskürzungen in der Beamtenschaft erzeugte und stets wachsende Beunruhigung hinweisen zu müssen. Er lenkt vor allem die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf, daß die Beunruhigung durch radikale Einflüsse genährt wird und meint, vor deren Folgen warnen zu müssen. Des weiteren gibt der Bund der Befürchtung Ausdruck, daß die „steckengebliebene Preissenkung" nur einen unzulänglichen und zeitweiligen Ausgleich biete, und daß die Maßnahmen der Reichsregierung zugunsten der Landwirtschaft auf einen Preisabbau hemmend wirken. Die Eingabe schließt: Auf Grund unserer genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft, wie aus beamtenrechtlichen und staatspolitischen Gründen bitten wir dringend, eine weitere Gehaltskürzung, die insbesondere für die Beamten mit geringen Bezügen von katastrophalen Folgen sein würde, nicht vorzunehmen. Gleichzeitig bitten wir die Reichsregierung, uns vor einer endgültigen Entscheidung Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben.

★

Der Einnahmeausfall im Rechnungsjahr 1930.

÷ Berlin, 23. April.

In der Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931, also in den 12 Monaten des Rechnungsjahres 1930, sind, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, im ganzen an Steuern und Zöllen 9024,9 Millionen RM. aufgekommen. Es entfallen hiervon auf die Besitz- und Verkehrssteuern 5960,6 und auf die Zölle und Verbrauchssteuern 3064,3 Millionen RM. Dieses Aufkommen wird zwar erfahrungsgemäß bis zum rechnungsmäßigen Jahresabschluß noch geringen Berichtigungen unterliegen, kann aber im wesentlichen als das endgültige Aufkommen des ganzen Rechnungsjahres 1930 angesehen werden. Da die Einnahmen für das Rechnungsjahr 1930 nach dem Reichshaushaltsplan 10 265,6 Millionen RM. betragen sollten, ergibt sich hiernach eine Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM. Von dieser Mindereinnahme entfallen 810,5 Millionen RM. auf die Besitz- und Verkehrssteuern und 430,2 Millionen RM. auf die Zölle und Verbrauchssteuern. Beträchtliche Minder-

einnahmen ergaben die Einkommensteuer (— 365,4), die Körperschaftssteuer (— 50,1), die Umsatzsteuer (— 168,8), die Gesellschaftssteuer (— 19,3), die Wertpapiersteuer (— 6,4), die Börsenumsatzsteuer (— 22,6), die Kraftfahrzeugsteuer (— 30,2), die Beförderungssteuer (— 44,8), die Zölle (— 183,0), die Tabaksteuer (— 56,9), die Biersteuer (— 76,8), die Einnahmen aus dem Spiritus-Monopol (— 83,4) und die Mineralwassersteuer (— 20,0). Dagegen haten bemerkenswerte Mehreinnahmen nur die Lotteriesteuer (+ 5,9) und die Obligationssteuer (+ 2,4).

An der oben erwähnten Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM. sind die Knappschafts- und Invalidenversicherung mit 125 Millionen RM., die Länder mit 336,8 Millionen RM. beteiligt. Das Mindera ufkommen für das Reich beträgt 778,9 Millionen RM. Bei der Aufstellung des Finanzprogramms der Reichsregierung im November 1930 wurde mit einem Gesamtfehlbetrag im Reich gegenüber dem Reichshaushaltsplan in Höhe von 900 Millionen RM. gerechnet. Hiervon sollten 600 Millionen RM. aus Mindereinnahmen zu Lasten des Reichs aus Steuern und Zöllen und 300 Millionen RM. auf Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge entfallen.

Da nunmehr die Mindereinnahmen zu Lasten des Reichs, wie oben angegeben, 778,9 Millionen RM. betragen, hat sich also die damals bereits erwartete Mindereinnahme an Steuern und Zöllen zu Lasten des Reichs um rund 179 Millionen RM. erhöht. Hierauf ist schon im Haushaltsausschuß des Reichstages am 14. Januar 1931 und 13. März 1931 hingewiesen worden, in dem der Ausfall über die genannten 600 Millionen RM. hinaus schon im Dezember und Januar auf etwa 100 und zuletzt auf 160 Millionen RM. beziffert worden war.

*

Städtetag fordert Wiederherstellung des Berliner Brotpreises.

+ **Berlin**, 23. April.

Der Deutsche Städtetag hat in einer dringlichen Eingabe das Reichsernährungsministerium gebeten, in sofortigen Verhandlungen eine Wiederherstellung der Berliner Brotpreise durchzusetzen. Der Deutsche Städtetag verweist namentlich auf die großen Gefahren, die das Berliner Beispiel nicht nur für die Entwicklung in den übrigen Städten, sondern auch für die gesamte Preis-, Lohn- und Wirtschaftspolitik haben muß.

Die Arbeitslosigkeit vor dem Internationalen Arbeitsamt.

Unbrauchbare Vorschläge.

× **Genf**, 22. April.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine heutige Tagung mit einer Debatte über die von Albert Thomas ausgearbeiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeschlossen. Ueber die Vorschläge ist bereits berichtet worden. Thomas erläuterte sie kurz. In der darauffolgenden Debatte wurden sie von fast allen Rednern ziemlich zurückhaltend beurteilt.

Der deutsche Arbeitnehmervertreter Müller gab seiner Enttäuschung über die Vorschläge, die in der gegenwärtigen Krise nicht das Allergeringste bessern könnten, Ausdruck.

Der Vertreter der deutschen Regierung Regierungsrat Lemmle verwies auf den Vorschlag, den kürzlich die deutsche Kommission für Arbeitslosenfragen der deutschen Regierung gemacht hat. Er bemerkte dazu, daß es für ein einziges Land schwer würde, eine richtige Lösung des Lohnproblems zu finden. Es sei zu bedauern, daß der Verwaltungsrat in diesen Punkten im Januar zu keinem Ergebnis gekommen sei und daß seine Autorität nicht helfen könnte, sie zu lösen. Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien zweifellos nicht geeignet, das Uebel der Arbeitslosigkeit von der Wurzel auf zu heilen. Aber nicht die Einzelheiten seien das wichtigste an ihnen, sondern die Tatsache, daß hier ein ernsthafter Versuch gemacht werde, einmal aus dem Stadium der Diskussion herauszukommen und die Dinge praktisch anzufassen. Diesen Willen zu konkreter Gestaltung wünsche er auch der Europäischen Union, die für die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen zuständig sei.

In der Spätabendsitzung beleuchtete der deutsche Arbeitgebervertreter Dr. Krüger das Problem vom Standpunkt des Unternehmers. Den Vorschlägen des internationalen Arbeitsamtes sei, so führte Dr. Krüger aus, praktische Bedeutung kaum zuzuschreiben. Es habe aber die vielfältigen Initiativen und Bemühungen in den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Ländern nicht sehen wollen, wenn eine internationale Instanz es heute noch für möglich halte, mit Vorschlägen, wie die des Ausbaues eines intereuropäischen Straßennetzes, der Einführung einer internationalen Arbeitsvermittlungsstelle, oder der Einführung der automatischen Kuppelung, die Oeffentlichkeit zu einer Bemühung um die Behebung der Arbeitslosigkeit anregen zu können. Ein wichtiger Teil der internationalen Wirtschaftspolitik sei die Goldpolitik der verschiedenen Länder. Die Goldpolitik werde heute noch häufig nicht von wirtschaftlichen, sondern von rein politischen Erwägungen bestimmt. Die auf Grund politischer Erwägungen fehlgeleiteten Goldströme seien es, die zu einem sehr großen Teil für die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die daraus resultierte Weltarbeitslosigkeit verantwortlich zu machen seien.

Die Aussprache endete mit der Ueberweisung der Vorschläge an die Europakommission. Auf Vorschlag des Vertreters Polens wurde beschlossen, daß der Verwaltungsrat auf einer späteren Tagung, falls sie die Europakommission für zweckmäßig hält, noch einmal sich mit den Vorschlägen beschäftigen soll. Die im Verwaltungsrat vertretenen Regierungen haben in diesen Tagen Besprechungen über die Frage des Vorsitzes der diesjährigen Arbeitskonferenz, die am 28. Mai in Genf beginnt, gehabt. Man kam überein, daß Polen in diesem Jahre den Konferenzvorsitz übernehmen soll. Die formale Entscheidung liegt jetzt bei der Konferenz, die statutenmäßig den Präsidenten selbst wählt. An der Wahl des polnischen Delegierten beim Völkerbund, Sokal, wird nicht gezweifelt.

Die Straßburger Spionageangelegenheit.

Wieder eine Erfindung?

:: **Straßburg**, 23. April.

In weitesten elsaß-lothringischen Kreisen begegnen die Pariser Meldungen über die Spionage mehrerer Elsässer zugunsten Deutschlands stärkstem Mißtrauen, da von französischer Seite in den letzten Jahren wiederholt unter dem Vorwand von Spionage Anklagen erhoben worden sind, die sich bisher als gegenstandslos erwiesen. Besonders erinnert man sich des Falles der Elsässer Baumann und Kohler, zweier Angestellter Bulachs in der Zeit der Autonomistenverfolgung. Sie waren während des Kolmarer Komplottprozesses, in dem sie mitangeklagt waren, vom Generalstaatsanwalt Fachot ständig als gefährliche Spione bezeichnet worden und auch in Straßburg wegen Spionage verurteilt. Im anschließenden Berufungsverfahren hat sie dann jedoch das Kolmarer Oberlandesgericht völlig freigesprochen, da sich die Beschuldigungen als freie Erfindungen der beteiligten Polizeikommissare herausstellten. Erstaunlich findet man es hier, daß die französischen Meldungen über das neue Spionageverfahren so sehr unterstreichen, daß es sich um lauter Elsässer handelt.

*

Französische Militärflieger überfliegen deutsches Gebiet.

:: **Saarburg**, 22. April.

Am Montag nachmittag 17,30 Uhr überflogen drei französische Militärflugzeuge deutsches Gebiet im südlichen Teil des Kreises Saarburg. Die Flugzeuge, die in südöstlicher Richtung von dem lothringischen Orte Tintingen her in einer Höhe von schätzungsweise 5—600 Meter herankamen, überflogen die deutsche Grenze in Richtung Eft. Ueber dem Schulhof in Eft bogen sie nach Südwest in Richtung Merschweiler—Diedenhofen ab und verschwanden wieder über die Grenze nach Lothringen zu. Die Länge der Flugstrecke, die die französischen Flieger über deutschem Gebiet zurücklegten, dürfte 1000 Meter betragen. Von Bewohnern des Ortes Eft und Arbeitern, die außerhalb des Ortes beim Wegebau beschäftigt waren, wurden die Flugzeuge deutlich als französische Flugzeuge erkannt. Es ist nicht das erstemal, daß französische Militärflieger an die Grenze kamen.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß bisher in Berlin amtlich noch keine Nachricht über diesen Fall vorliegen. Die Nachricht wird jedoch auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden.

*

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.

)(**Moseritz**, 23. April.

Das hiesige Erweiterte Schöffengericht verurteilte heute nach sechsstündiger, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, abgehaltenen Sitzung den Brunnenbauer Kotzgeck, den Arbeiter Switalla und den Kraftwagenführer Konieczek wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu je drei Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht hat den Tatbestand der Spionage als erfolgt angesehen, da die Angeklagten seit dem Jahre 1924 erwiesenermaßen mit polnischen Grenzbeamten in Verbindung getreten sind und ihnen Mitteilungen über die Reichswehr, über die Zollbehörden und über den Stahlhelm, sowie Pläne von wichtigen Arbeiten haben zugehen lassen.

Zollabkommen und Wirtschaftsaktion der Kleinen Entente.

Benesch stellt sich als Schützer Oesterreichs hin.

)(**Prag**, 23. April.

Minister des Aeußern Dr. Benesch gab in den Außenausschüssen beider Kammern ein ausführliches Exposé, das der Frage der österreichisch-deutschen Zollunion gewidmet war.

Er ging auf die Argumente des Reichsaußenministers Dr. Curtius ein und bezeichnete den Standpunkt, daß der Zollunionsplan als wirtschaftliche, unpolitische Aktion in Genf ausschließlich nach der juristischen Seite überprüft werde, als unhaltbar. Man könne doch nicht ernstlich behaupten, daß die Frage irgendwelcher Wirtschaftsoperationen größeren Stils in Europa heute, wo allmählich drei Viertel der gesamten europäischen Politik nur Wirtschaftsfragen bilden, eine unpolitische Angelegenheit sei! Speziell die österreichischen Wirtschaftsfragen seien mit dem Friedensschluß eminent politisch. Hierbei handele es sich um eine Wirtschaftsfrage, die einen speziell politischen Aspekt besitze, den sogenannten Anschluß, von dem sie nicht getrennt werden könne. Jede gesonderte Betrachtung der politischen, der wirtschaftlichen und der rechtlichen Seite dieses Problems wäre künstlich. Es würde bedeuten, die Augen vor der Wirklichkeit zu schließen. Jede Zollunion von Staaten wie Deutschland und Oesterreich müsse als ein Schritt zu vollständiger wirtschaftlicher und politischer Unifizierung angesehen werden; die Klausel von der Wahrung der Selbständigkeit der kleineren Staaten habe nur akademische Bedeutung. Die Zollunion soll das Beispiel eines regionalen Uebereinkommens im Genfer Sinne sein. Die beste Antwort darauf sei, daß alle übrigen Interessenten diesen Versuch im Gegenteil als einen ungeeigneten Schritt zur Kooperation ansehen und nicht als Beispiel eines regionalen Uebereinkommens, das zur Einigung Europas führen könnte. Im Gegenteil sei es ein Schritt zur Schaffung von zwei einander gegenüberstehenden Blocks.

Bei dieser Gelegenheit streifte Dr. Benesch die politischen und wirtschaftlichen Aktionen der Kleinen Entente. Er erinnerte an die Konferenz von St. Joachimsthal im Jahre 1927 und an den ersten praktischen Schritt zur sogenannten Oekonomisierung der Kleinen Entente auf der Konferenz in Bukarest im Jahre 1928. Die Bestrebungen einer sogenannten Oekonomisierung der Kleinen Entente wurden aber niemandem geheim gehalten. Sie waren gegen niemanden, weder gegen Deutschland oder Italien oder gegen Oesterreich oder Ungarn gerichtet. Namentlich Italien und auch Deutschland gegenüber habe der Minister immer betont, daß die Kleine Entente weder wirtschaftlich, noch politisch gegen irgend jemand gerichtet sei. Oesterreich haben wir niemals in irgendeine Kombination gelockt und wollten es auch nicht hineinziehen. Er habe dagegen die Notwendigkeit einer eigenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Oesterreich und den übrigen mitteleuropäischen Staaten stets betont, aber dabei die Teilnahme bloß einer einzigen Großmacht allein abgelehnt, weil dies eine Störung des europäischen Gleichgewichts gewesen wäre. Er habe eine Gruppierung der kleinen Staaten und dann ihre Angliederung an die drei interessierten Großmächte Deutschland, Frankreich und Italien gewünscht.

Ueber die Verletzung internationaler Verbindlichkeiten durch den Plan der sogenannten Zollunion heute zu streiten, wäre überflüssig. Es sei nahezu gewiß, daß sich mit der Frage der Internationale Gerichtshof im Haag beschäftigen werde, und man könne nicht zweifeln, welchen Standpunkt er einnehmen werde, weil der Sinn und Text der Verträge von Versailles und St. Germain und des Genfer Protokolls von 1922 absolut klar seien. Das einzige ernste Argument sei eigentlich die Erklärung der Wiener Regierung, daß Oesterreich in seiner wirtschaftlichen Situation auf eine europäische Lösung nicht warten könne. Dieses Argument reiche aber nicht aus, um die Richtigkeit des Planes und Vorgehens zu beweisen. Der vorbereitete Plan Oesterreichs helfe ihm nicht nur nicht, sondern berühre sein wirtschaftliches Leben so, daß er ihm tödliche Wunden versetzen könne.

Der ganze Plan der Zollunion, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, sei undurchführbar. Das gesamte europäische Wirtschafts- und Handelssystem sei auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut. Eine deutsch-österreichische Zollunion, welche innere Zölle beibehalte, verletze diese Klausel. Die Beseitigung der Klausel würde ein allgemeines Chaos in Europa und den Handelskrieg aller gegen alle bedeuten. Wir können nicht einer Kombination der sogenannten Zollunion in sui generis beitreten, wo wir uns der wirtschaftlichen Bekämpfung der Staaten aussetzen, welche auf die Meistbegünstigungsklausel nicht verzichten. Wir können nicht ein System annehmen, das die Struktur unseres Wirtschaftslebens umwandeln würde.

Ebenso gewichtig sind unsere politischen Gründe gegen den Plan. Politisch würde die Tschechoslowakei in einem 70 Millionen-Block fast jede politische Bedeutung verlieren. Ich sage dies nicht aus Abneigung gegen die Deutschen. Ich achte Deutschland und die Deutschen, ihre hohe Kultur, ihre Kraft und Arbeitsamkeit. Wir haben aber während des Weltkrieges gelernt, daß die Organisation Europas, so, wie wir sie alle wünschen, nicht durch die Vorkriegs-Präponderanz eines großen Staates (aber die Frankreichs?) verwirklicht werden kann, welche zu dem großen politischen Block und zum Kriege geführt hat. Die Tschechoslowakei kann keiner Kombination beitreten, welche nicht in Genf oder wenigstens im Einvernehmen mit den Hauptinteressenten vereinbart wäre. Ohne Einigung zwischen Berlin und Paris (!) wird in Europa kein Friede sein. Ferner kann die Tschechoslowakei einfach vom Standpunkt ihrer internationalen Verpflichtungen nicht an einer deutsch-österreichischen Kombination teilnehmen, denn sie hat die Friedensverträge von Versailles und St. Germain und das Genfer Protokoll hintertrieben.

Es verbleibt also nur die Möglichkeit einer ausschließlich deutsch-österreichischen Zollunion. Wir sind gegen einen solchen Plan ebenso wie gegen den großen Plan und zwar gleichfalls aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Die Bedrohung unserer wirtschaftlichen Existenz und der wirtschaftliche Druck Deutschlands auf die östlichen Staaten würde diese auch zu einer Wirtschaftseinheit nötigen und für uns würde dies bedeuten, uns umzuorientieren. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der heutigen Krise müßten durch eine europäische Kooperation gelöst werden. Nach meinem Urteil kann diese Krise nur gelöst werden durch einen gesamteuropäischen, für alle annehmbaren Plan.

Vor allem handelt es sich um die Lösung der Agrarkrise in den Agrarstaaten in Südost- und Zentraleuropa. Dann wird es sich darum handeln, daß die wichtigsten europäischen Industriestaaten zu dem Grundproblem dieser Agrarkrise einen einheitlichen Standpunkt einnehmen, schließlich daß die Industriestaaten die ersten Versuche eines europäischen Abkommens in der Industrieproduktion machen. Eine dauernde Gesundung der europäischen Wirtschaft ließe sich schließlich durch einen dreifachen Prozeß durchführen: Vor allem eine Stabilisierung der Industriezölle, dann eine allmähliche Herabsetzung aller Zölle und schließlich die Ausgleichung der Zölle für die Hauptprodukte, sodaß es zu einer tatsächlichen Ausgleichung in allen wichtigen Industriestaaten Europas käme und damit für ganz Europa so etwas ähnliches, wie der deutsche Plan für Mitteleuropa sein wolle. (Spricht da noch Benesch, oder Briand?) Der Zollfriede sei ein gesunder und richtiger Gedanke gewesen. Aber er sei gescheitert unter anderem auch an den Vorbehalten Oesterreichs, welches geglaubt habe, daß es sich in seinem heutigen Zustande nicht die Hände binden könnte. Minister Dr. Curtius, so schloß der Außenminister, hat die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion aus eigener Initiative auch dem Europakomitee in Genf vorgelegt. Die tschechoslowakische Außenpolitik begrüßt dies. Das ist eigentlich der Weg, den man von Anfang an hätte gehen sollen, vor der Unterzeichnung des Planes und vor seiner Veröffentlichung als einer fertigen Tatsache. (??) Aber auch mit diesem Schritt kommt die ganze Angelegenheit auf die richtige Linie. Es besteht kein Zweifel, daß damit eine Situation vorbereitet wird, in der wir dann zu einem allgemeinen Abkommen gelangen werden. In unserer Politik gab es in diesem ganzen Streit nicht den Schatten einer Feindseligkeit, eines Gefühles des Widerstandes oder des Strebens, unsere Nachbarn zu schädigen. Wir sind Oesterreich und seiner Regierung freundschaftlich und aufrichtig gesinnt. Ich bin dafür dankbar, daß unsere Beziehungen zu Berlin so sind und bleiben: aufrichtig freundschaftlich. Wir werden uns immer auch in Zukunft offen sagen, was möglich ist und was nicht, offen und loyal werden wir gegenseitig unsere Interessen verteidigen. Zum Schluß erklärte Dr. Benesch, daß sich die allgemeine politische Linie der Tschechoslowakei durch diese Ereignisse in nichts ändere.

*

Der Eindruck in Berlin.

CNB **Berlin**, 23. April.

Die Rede, die der tschechoslowakische Außenminister heute zur Frage der Zollunion gehalten hat, findet in Berliner politischen Kreisen lebhafte Beachtung. Man vermerkt mit Genugtuung, daß die Rede durchaus sachlich ist. Das ist um so erfreulicher, als man in der Tschechoslowakei bei der Behandlung des Problems der deutsch-österreichischen Zollunion nicht immer einen sachlichen Ton angeschlagen hat. Die Befriedigung über diesen Wandel, der sich in Prag vollzogen hat, wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß die Rede Beneschs sachlich in ihrem Inhalt viel zu wünschen übrig ließ. Er behauptet z. B., daß die Zollunion als ein politisches, und nicht als ein juristisches Problem angesehen werden müsse. Demgegenüber darf man darauf hinweisen, daß Benesch damit im vollen Gegensatz nicht nur zur Auffassung Deutschlands, sondern auch zu der des englischen Außenministers Henderson steht. Aus seiner Einstellung kann man jedenfalls nur entnehmen, daß Prag offenbar befürchtet, die juristische Prüfung der Angelegenheit würde zur Anerkennung der Zollunion führen. Wenn Dr. Benesch weiter der Besorgnis Ausdruck gibt, die Zollunion könne zur Bildung von zwei Blocks innerhalb Europa führen, so wird in Berliner politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht im geringsten das Bedürfnis einer Blockbildung empfindet. Dagegen muß bemerkt werden, daß Dr. Benesch sich bisher recht stark im Sinne einer Blockbildung betätigt hat. Man braucht nur daran zu erinnern, wie sehr er bei der Kleinen Entente engagiert ist. Die Reichsregierung ging noch vor zwei Jahren so weit, nicht nur Oesterreich, sondern auch der Tschechoslowakei einen Vorschlag zu einer Angleichung der Wirtschaftssysteme zu machen, die von einer Zollunion nicht weit entfernt sein sollte. Der tschechoslowakische Außenminister hat diesen Vorschlag aber abgelehnt. Ebenso sind Oesterreich durch die Tschechoslowakei verschiedentlich Schwierigkeiten gemacht worden, wenn sich ihm günstige Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet boten. Das war z. B. der Fall bei den im Jahre 1926 geplanten Präferenzabkommen zwischen Oesterreich, der Tschechoslowakei und Italien; der Vertrag scheiterte kurz vor seinem Abschluß an der Haltung der Tschechoslowakei.

*

Die zollpolitischen Besprechungen zwischen Frankreich und England.

● **London**, 23. April.

Der Pariser Korrespondent der „Times" stellt fest, daß die französische Meldung von Vorbereitungen für einen neuen französisch-britischen Handelsvertrag auf einem Irrtum beruhe. Der britische Vorschlag der Herabsetzung von Tarifen scheine in Frankreich nicht ganz richtig verstanden worden zu sein. Die jetzigen Verhandlungen hätten ihren Ursprung in der Genfer Wirtschaftskonferenz, die vor vier Jahren stattfand, und in dem Vorschlag eines Tarifwaffenstillstands. Die britische Regierung habe seinerzeit die verschiedenen Regierungen gefragt, ob sie Vorschläge betreffend Herabsetzung ihrer Tarife erwägen würden. Sieben Vertreter, nämlich die von Frankreich, Deutschland, Belgien, der Schweiz, Polen, Oesterreich und Italien hätten bejahend geantwortet. Dies sei alles, worum es sich handele.

*

Eine französische Anleihe für die Tschechoslowakei.

◇ **Prag**, 22. April.

Die Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen dem Finanzministerium und einer bedeutenden französischen Bankgruppe schwebten, führten heute zu einer vorläufigen Einigung über die Bedingungen einer Anleihe. Die Anleihe soll 45 bis 50 Millionen betragen, zu 5½ Prozent verzinslich sein und bei einem Emissionskurs von rund 95 Prozent in 25 Jahren amortisiert werden. Die Genehmigung durch die Nationalversammlung ist natürlich die Vorbedingung für diese Anleihe. (Auch diese Anleihe stützt die Ansicht, daß Frankreich durch die Macht des Geldes, über die es verfügt, das Zustandekommen des deutsch-österreichischen Zollübereinkommens zu verhindern sucht. Die Rede Benesch's ist bereits eine Gegenleistung für die Anleihe.)

Zentrumsinterpellation gegen Schund und Schmutz.

((**Berlin**, 23. April.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hat zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine Große Anfrage eingebracht, die daran erinnert, daß der Landtag mehrere Anträge des Zentrums und anderer Fraktionen angenommen habe, die sich gegen Schund und Schmutz bei Auslagen in Kiosken, Zeitungsständen, in den Schaufenstern usw., sowie gegen Auswüchse im Theaterleben wandten und vor allem, soweit eine Verächtlichung von Ehe, Familie und Mutterschaft oder die Verletzung religiöser Empfindungen in Frage kommt. Die angenommenen Anträge hatten die Regierung ersucht, beim Reich auf eine Gesetzgebung hinzuwirken, die diese Auswüchse beseitigen könnte und in Preußen auf dem Wege von Verwaltungsmaßnahmen unverzüglich für Abhilfe zu sorgen.

In der jetzt vorliegenden Interpellation wird die Regierung gefragt, was sie auf die beiden Landtagsbeschlüsse zur Abstellung der Mißstände bis jetzt veranlaßt und in die Wege geleitet habe.

Strafantrag gegen Hitler.

● **München**, 23. April.

Diplomingenieur Ballerstedt, der Führer des Bayernbundes, teilt mit, daß er gegen Adolf Hitler Strafantrag stelle, weil er nach Blättermeldungen vor dem Schwurgericht Frankenthal (Pfalz) neuerdings behauptet habe, die Bewegung Ballerstedt sei separatistisch.

Chicago in Berlin.

+ **Berlin**, 23. April.

Ein unglaublicher Vorfall, der an das Treiben der Chicagoer Gangsters gemahnt, hat sich heute am hellen Nachmittag im Südosten Berlins zugetragen. Rund 12 Mitglieder des Unterweltvereins „Hand in Hand" versuchten mit Gewalt in die im Hinterhaus gelegene Wohnung des Schlossers Soppa einzudringen, gegen den sie offenbar deshalb einen Rachefeldzug planten, weil er an ihrem Treiben nicht mehr teilnehmen wollte. Soppa setzte sich zur Wehr und versagte die Eindringlinge mit Revolverschüssen. Ehe sie jedoch aus dem Treppenhause über den Hof flüchten konnten, beugte er sich aus dem Fenster und verhinderte ihre Flucht, indem er auch den Hof mit Schüssen bestrich. Das durch die Detonationen alarmierte Ueberfallkommando konnte acht von der Bande festnehmen. Die übrigen dürften über die Dächer entkommen sein. Die Festgenommenen sind dem Polizeipräsidium eingeliefert worden.

44 geheimnisvolle Todesfälle in Kuba

● **Newyork**, 23. April.

Wie Associated Preß aus Santiago de Kuba meldet, ist gegen Major Senio Ortez, den bisherigen Militärkommandanten der Provinz Santiago, und gegen 15 weitere Personen ein Haftbefehl erlassen worden, der, wie verlautet, im Zusammenhang mit 44 geheimnisvollen Todesfällen steht, die in der letzten Zeit in der Provinz festgestellt wurden. Der Adjutant von Ortez, Leutnant Filipe Valles, hat sich in der vergangenen Nacht erschossen.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann wiedergewählt.

Eine Vertrauenskundgebung des Westfälischen Provinziallandtages.

+ **Münster, 23. April.**

In der heutigen Sitzung des Westfälischen Provinziallandtages stand zunächst auf der Tagesordnung die vom Wahlvorbereitungsausschuß vorgeschlagene Wiederwahl des Landeshauptmanns Dr. Dieckmann. Seine Wahlperiode läuft am 4. Februar 1932 ab. Als Berichterstatter sprach der Zentrumsabgeordnete Raestrup ihm für seine bisherige aufopferungsvolle Tätigkeit den Dank und das Vertrauen des Hauses aus. Für die Kommunisten war das eine Gelegenheit zum Protest. Und sie brachten es tatsächlich fertig, den Landtag mit der Wahl des Landeshauptmanns und der anschließenden Wahl der Landesräte, ein Geschäft, das in 20 Minuten hätte erledigt sein können, durch den auf die unmögliche Geschäftsordnung gestützten Antrag, daß jede einzelne Person durch Stimmzettel zu wählen sei, volle drei Stunden aufzuhalten. Es war dabei ein hübscher Scherz, daß die Kommunisten als Gegenkandidaten des bisherigen Landeshauptmanns Dr. Dieckmann den mit Fleiß sehr salopp gekleideten Provinziallandtagsabgeordneten Danielsmeyer vorschlugen, der ganz erstaunt um sich blickte, als das Haus bei seiner Namensnennung in ein tosendes Gelächter ausbrach. Weiter benannten die Kommunisten für die Landesratsstellen den seinerzeit zum Oberbürgermeister von Solingen gewählten, aber nicht bestätigten Kommunisten Weber-Solingen, den Stadtverordneten Wolters-Bottrop, den Stadtverordneten Renner-Essen und den Kommunisten Jegelka-Dortmund, die sich sämtlich bereit erklärt hätten, diese Aemter mit einer Höchstbesoldung von 600 *M* monatlich zu übernehmen.

Natürlich war das Stimmenergebnis so, wie man es vorausgesehen hatte: erdrückende Mehrheit (112 von 127 Stimmen) für Dr. Dieckmann, dem sich nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten versagten. Ebenfalls wurden auch die Landesräte Schulte-Himmelpforten, Fröhlecke und Fiz mit ähnlicher Mehrheit gewählt. Sie alle, besonders aber auch der Landeshauptmann, werden in der Wiederwahl ein ausgeprägtes Vertrauensvotum des Provinziallandtages erblicken, das umso schwerer wiegt, als in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not für Unzufriedenheit und Mißtrauen breite Tore offen stehen.

Größere Schwierigkeiten machte die Wahl des neuen Landesrates als Nachfolger für den in den Ruhestand tretenden Landesrat Schneider (S. P. D.). Die Sozialdemokraten schlugen als Kandidaten den Provinziallandtagsabgeordneten Haverkamp, Beigeordneten in Bochum-Linden, vor. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mit allen möglichen Gründen sämtliche Rechtsparteien und die Kommunisten, die die Einsparung dieser Stelle gemeinsam mit einem Elan verfochten, den man nicht gewohnt ist, wenn es sich um Prätendenten dieser Parteien handelt. Man merkte deutlich, worauf es bei der Rechten hinausging. Man wollte erstens keinen aus dem Arbeiterstand hervorgehenden Landesrat und zweitens keinen Sozialdemokraten. Mit teils ernst gemeinten und teils fadenscheinigen Gründen wurden alle Steinchen gesammelt, um einen großen Berg zusammenzutragen, der die Meinung des Zentrums erdrücken sollte. Mit Recht aber wandte der Abgeordnete Raestrup ein, daß man die Frage der Wiederbesetzung nur nach sachlichen Gesichtspunkten beurteilen könnte. Nachdem die Landesversicherungsanstalt eindeutig erklärt habe, daß sie auf der Wiederbesetzung unbedingt bestehen müsse, wenn die Arbeiten ordnungsmäßig weiter geführt werden sollten, daß weiter vor dem Kriege sieben und jetzt nur noch fünf Landesräte dort angestellt seien, sei die Sachlage doch klar. Und da weiter feststehe, daß Abgeordneter Haverkamp über die notwendige Eignung verfüge, habe man in der Zentrumsfraktion keine Bedenken, dem Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses zuzustimmen. Haverkamp wurde denn auch gewählt, und zwar erhielt er 74 Stimmen, während 41 auf den vom Evangelischen Volksdienst vorgeschlagenen Landesassessor Dr. York und 11 Stimmen auf den kommunistischen Vorschlag entfielen. Im übrigen wurde ausdrücklich beschlossen, daß sich die Besoldung sämtlicher Beamten der Provinz nach der neu zu erwartenden preußischen Besoldungsordnung richten solle, sodaß damit zu rechnen ist, daß in den nächsten Wochen auch bei der Provinz eine Angleichung der Gehälter an das Staatsniveau erfolgen wird.

Der Präsident teilte nach Bekanntwerden des Ergebnisses dem Landeshauptmann unter dem Beifall des Landtages die Wiederwahl mit und sprach ihm die Glückwünsche zu der Wahl und dem Vertrauen, das ihm von weitesten Kreisen der Provinz entgegengebracht werde, aus. Gleichzeitig dankte er dem Landeshauptmann für das, was er für die Provinz und besonders für die Notleidenden getan habe.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann dankte für die Glückwünsche und das große Vertrauen, das man ihm beweise. Er versicherte weiter, daß es ihm eine große Ehre und Genugtuung sei, für die geliebte Heimatprovinz wirken zu können, getragen von dem Vertrauen des Landtages und seiner tatkräftigen Mitarbeit. Mit den Worten: „Bleiben wir die gleichen in dem gegenseitigen Vertrauen und der verständnisvollen Zusammenarbeit zum Besten der Provinz Westfalen", nahm der Landeshauptmann dann die Wahl an.

Angenommen wurden sodann die Haushaltspläne der Landesbank und der Versicherungsanstalt. Zurückgestellt wurde der Antrag der Rechtsparteien betreffend 20prozentige Kürzung der Diäten der Landtagsabgeordneten und Ausschußmitglieder, verbunden mit einem Beschluß des Haushaltsausschusses, wonach Abgeordnete, die gleichzeitig anderen Parlamenten angehören, nur einmal Diäten beziehen dürfen. Die Vertagung der Abstimmung auf Freitag beantragte der Abgeordnete Gilling (Zentr.), um in der Behandlung des Haushaltsplanes keine Verzögerung eintreten zu lassen.

Nach Verabschiedung noch einiger Einzelhaushalte (Fürsorge für Kriegsopfer, Schwerkriegsbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte, sowie Wohnungsfürsorge für kinderreiche Minderbemittelte, Haushalt der Straßenbauverwaltung und damit zusammenhängend der Antrag auf Gewährung außerordentlicher Mittel in Höhe von 5 Millionen Mark für Zwecke der Straßenverwaltung) vertagte sich das Haus auf Freitag vormittag 10 Uhr.



Wer auf den Geldbeutel sehen muss,
wird hier eine angenehme Überraschung erleben:

Eckstein No. 5

rund, dick, ohne Mundstück
eine Cigarette, die wirklich preiswert ist.
Stets frisch in der Einheitspackung zu 40 Pfg.

Kürten ein Sonderfall, daher Hinrichtung.

Des Massenmörders letztes Wort.

Die Berichterstattung über den Kürten-Prozeß hatte nicht zum wenigsten die Aufgabe, das Wesen des furchtbaren Menschen, wie es sich aus dem Prozeß-Verlauf ergab, der Mitwelt zu erschließen. Man wollte erkennen, welche seelischen und triebhaften Vorgänge in diesem Manne sich abgespielt haben, wie er zu den scheußlichen Verbrechen gekommen ist, wie er der größte aller Sexualverbrecher hat werden können, wie er sich heute zu seinen Untaten stellt. Das Bild des Mörders, das der Prozeß erkennen ließ, erfuhr nun noch in seinem Schlußwort nach den Plaidoyers eine gewisse Abrundung. Und unsere Berichterstattung würde unvollständig bleiben, wenn wir nicht, wie bereits gestern angekündigt, das sogenannte letzte Wort, das jedem Angeklagten rechtmäßig zusteht, im Falle Kürten etwas ausführlicher wiedergäben, als es in unserm gestrigen Berichte geschehen ist.

Kürtens letzte Worte waren eine längere Ansprache, bei der seine Selbstgefälligkeit und seine Großmannssucht in ungewöhnlichem Maße hervortraten. Er verkannte die moralische Bedeutung des Augenblicks für sich selbst anscheinend, wohl aber hielt er sich für berechtigt, anderen eine Moralpredigt zu halten, und z. T. über Dinge zu sprechen, die mit dem furchtbaren Ernst der Stunde nicht in Einklang zu bringen waren. Er verirrte sich so sehr in fernliegende Dinge und entfernte sich soweit von seiner Stellung als Angeklagter, daß er es für angebracht hielt, teilweise selbst den Ankläger zu spielen. Das stand gerade diesem Manne auch da, wo es sich um Dinge handelte, bei denen Kritik wohl angebracht ist, sehr schlecht an. Solche Kritik darf jeder andere eher aussprechen, als gerade dieser neunfache Mörder, brutale Sittlichkeitsverbrecher und Sklave aller niedrigsten Leidenschaften.

Landgerichtsdirektor Rose machte ihn auch aufmerksam, daß er sich durch seine Rede sehr viel verscherze. Nun erfaßte Kürten die Situation und trug ihr blitzschnell Rechnung.

Er hatte seine Rede mit dem Ausdruck des Abscheues über seine furchtbaren Taten begonnen, erklärte aber, daß in seinem Herzen ein Stachel zurückbleibe, wenn er an Dr. Wolf und eine Aerztin in Stuttgart denke, die von einer gewissen Schicht des Volkes noch gefeiert würden, obwohl schon annähernd ein halbes Tausend Morde ihre Hände befleckten. (Es handelt sich um die bekannte Affäre wegen des § 218. Die Redaktion.) Er könne es sich, sagte Kürten weiter, auch nicht versagen, dem Sachverständigen, Prof. Dr. Siolt, entgegenzutreten, der den Einfluß des Elternhauses auf die Jugend nicht für bestimmend halte. Man könne es nur bedauern, daß so Vieles und Mannigfaches geleistet werde an der Zerstörung der Familie. In diesem Sinne trat er der Propaganda der Gottlosen, wie sie früher und jetzt zutage trete, entgegen. Er sagte dann wieder, daß er seiner Frau seine Verbrechen gestanden habe, um ihr die Belohnung, die für die Ergreifung des Düsseldorfer Mörders ausgesetzt sei, zu sichern.

Er habe früher und jetzt die Zeitungsberichte über seinen Prozeß auf das Genaueste verfolgt und habe sich überzeugt, daß die Zeitungsberichte im großen und ganzen maßvoll gewesen seien. „Ich kann Ihnen verraten" fuhr er fort, „das geht besonders die Herren von der Presse an, Sie stellen sich vielleicht gar nicht vor, welch großes Unheil Sie damit verhütet haben. Ich habe schon einmal angedeutet, daß nicht zum wenigsten gerade das Gift, das durch die Sensationsberichte gewisser Revolverblätter mit dazu beigetragen hat, daß ich das geworden bin, als was ich heute vor Ihnen stehe. Man muß auch die Erfahrung jetzt machen, daß gerade die von mir bezeichneten Blätter am lautesten nach meinem Blute rufen und andererseits die schrecklichsten Berichte herausgeben."

Dann führte Kürten aus, daß seine Opfer es ihm sehr leicht gemacht hätten, indem sie sofort bereit gewesen seien, mit ihm die dunkelsten Wege zu gehen. Vielleicht sei das die Hoffnung gewesen, er würde ihr Bräutigam; denn die Jagd nach dem Manne nehme jetzt Formen an .... (Hier unterbrach ihn der Vorsitzende mit der oben erwähnten Bemerkung.)

Kürten lenkte sofort ein und gab seinem Bedauern Ausdruck für die Angehörigen der Opfer: Ich möchte es sogar wagen, die Angehörigen zu bitten, sofern es ihnen möglich sein könnte, mir zu verzeihen. Im Gegensatz zum Ersten Staatsanwalt behauptete er, daß in allen Fällen, die tödlich verlaufen sind, nie eine Quälung des Opfers stattgefunden habe. Die Opfer seien nach höchstens 30 Sekunden bereits bewußtlos gewesen. Wer behaupten wolle, daß er, wenn er unter den gleichen Umständen aufgewachsen wäre, ein Ehrenmann geblieben wäre, der dürfe den ersten Stein auf ihn werfen. Wenn er auch nur einmal die Todesstrafe erdulden könne, so dürfe man andererseits doch versichert sein, daß die Zeit zwischen der Verurteilung und dem Strafvollzug eine große Qual bedeute.

Kürten schloß: Wenn Sie das alles in Betracht ziehen und meinen wirklichen guten Willen, für die begangenen Taten Buße zu tun und sie zu sühnen, glaube ich doch, daß das große Rache- und Haßgefühl gegen mich wohl etwas nachlassen wird, und ich möchte Sie dann bitten: Seien Sie versöhnt!

Bemerkenswert an diesem letzten Wort des Angeklagten war noch für die Kaltblütigkeit und Ueberlegung, mit der er seine Verbrechen begangen hat, daß er genau angab, wie lange die Todesqual seiner Opfer gedauert hat.

Kürten hat das Urteil angenommen, auch die Staatsanwaltschaft hat auf Rechtsmittel verzichtet. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden. Jetzt kommt es auf den Justizminister und die Staatsregierung an. Diese hat bekanntlich seit der Hinrichtung des Raubmörders Böttchers im Januar 1928 grundsätzlich davon abgesehen, Todesurteile zu vollstrecken. Bekanntlich hat auch damals der Reichsjustizminister Koch-Weser die Länderregierungen ersucht, vorläufig keine Todesurteile zu vollstrecken und eine Entscheidung des Reichsgerichts über diese grundsätzliche Frage abzuwarten. Es scheint jedoch, daß die maßgebenden preußischen Stellen gewillt sind, den Fall Kürten, wie das gestern auch in unseren Bemerkungen geschehen ist, als einen ungewöhnlichen Sonderfall anzusehen, dem die bisherige grundsätzliche Begnadigungspraxis nicht gerecht werden würde. Man verhehlt sich natürlich nicht, daß damit gleichzeitig die Frage „Todesstrafe oder nicht" erneut angeschnitten und in gewissem Sinne auch präjudiziert werden würde. Von kommunistischer Seite wird bereits betont, daß, falls das preußische Staatsministerium die Begnadigung selbst in diesem ungeheuerlichen Falle aussprechen würde, damit praktisch im Sinne der Abschaffung der Todesstrafe entschieden worden sei.

Der normale Gang ist der, daß nach Vorliegen des schriftlich ausgefertigten Urteils die örtliche Gnadeninstanz des Landgerichts Düsseldorf zusammen mit dem Rechtsanwalt ein Gutachten auszufertigen hat. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Gutachten eine Begnadigung befürworten wird. Dann erst, also in einigen Wochen, wird das preußische Staatsministerium endgültig darüber zu befinden haben, ob Kürten hingerichtet werden soll.

Die Manteltarifverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert.

Die Verbesserungsvorschläge der Bergarbeiterverbände.

:: **Essen, 23. April.**

In der heute nachmittag begonnenen Tarifverhandlung machten die vier Bergarbeiterverbände folgende Vorschläge zur Verbesserung des Rahmentarifvertrages:

Die Schichtzeit unter Tage einschließlich Ein- und Ausfahrt soll 6½ Stunden betragen, an Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad nur 5½ Stunden. Die Arbeitszeit über Tage für erwachsene Arbeiter soll 7 Stunden betragen, wobei feste Pausen nicht einberechnet werden, die als Arbeitszeit bezahlt werden sollen. Betreffs dieser Arbeit forderten die Verbände folgende Aenderungen: Ueberstunden und Ueberschichten sind bei Gefahr für Menschenleben oder für Sicherheit des Betriebes sowie bei erheblichen Betriebsstörungen zu leisten. Im übrigen dürfen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Ueberstunden und Ueberschichten nur mit Zustimmung der Betriebsleitung verfahren werden. Ueberarbeit aus Gründen des Allgemeinwohles ist nur zulässig nach Vereinbarung zwischen den Tarifparteien. Für Ueber- und Nebenschichten an Werktagen soll ein Zuschlag von 25 Prozent gewährt werden. In der Urlaubsregelung werden weitere Vereinbarungen gefordert. Die Zahl der Urlaubstage soll über und unter Tage etwas erhöht werden. Für Arbeiter unter Tage werden bei 12jähriger Tätigkeit 15 Arbeitstage für Urlaub gefordert. Dann wird noch verlangt eine Aenderung des Gedingelohnes für die Akkordarbeiter unter Tage. Sie sollen als Mindestlohn den tariflichen Schichtlohn des höchstbezahlten Reparaturhauers zuzüglich 15 Prozent erhalten. Ferner wurde unentgeltliche Lieferung der Arbeiterschutzkleidung und bezüglich der Lieferung der Hausbrandkohlen ebenfalls eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand gefordert.

Die Verhandlungen wurden nach 1½ Stunden ergebnislos abgebrochen. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen. Voraussichtlich werden die Verhandlungen am 4. Mai fortgesetzt.

Der Schiedsspruch für die Angestellten Nordwest.

):(**Dortmund, 23. April.**

Der gestern in dem Gehaltsstreit der kaufmännischen und technischen Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest gefällte Schiedsspruch enthält noch folgende Einzelheiten: Die bestehenden Tarifgehaltssätze wurden in den niedrigen Gruppen um 6 Proz., in den übrigen Gruppen um 8 Prozent gekürzt. Außerdem tritt für die Dauer des Tarifes für die beiden niedrigen Gruppen ein Abzug von 4 Proz., für die übrigen Gruppen um 7 Proz ein. Es dürfen also insgesamt 10 bezw. 15 Proz an den Tarifgehältern gekürzt werden; dafür darf ein Abzug bei irgendwelcher Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten. Die Angestellten sind damit gegen unbezahlte Arbeitszeitverkürzungen für die Dauer des Tarifes völlig gesichert. Ferner verpflichten sich die Arbeitgeber, bei ihren Mitgliedern darauf einzuwirken, daß keinem der Angestellten mehr als im ganzen 15 Prozent des Bruttogehaltes von dem Jahreseinkommen fehlen dürfen, das er im vorigen Jahre hatte. Es sind nämlich im Laufe dieses Januar den Angestellten bereits von ihren Leistungszulagen etwa 6 Prozent im Durchschnitt abgezogen worden. Diese werden in den gesamten Lohnabzug eingerechnet. Es ist also mit dieser Regelung erreicht, daß ein sofortiger einmaliger höherer Abzug eintritt, daß aber für die ganze Dauer des Tarifes die Angestellten, bei denen eine Gehaltskürzung erfolgt ist, gegen Herabsetzung ihrer Gehälter durch Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Leistungszulagen geschützt sind, gegen deren Herabsetzung es sonst keinerlei tariflichen Schutz gibt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 24. April. — Nach einer Bemerkung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zum Schiedsspruch ist sicher damit zu rechnen, daß die Angestelltenverbände ihn ablehnen.

Aus Westdeutschland.

Wegen Industriespionage verhaftet.

÷ **Aachen, 23. April.**

Ein Fall von Industriespionage wurde auf einem Aachener Werk entdeckt. Der bei der Neutex Sicherheitsglas G. m. b. H. in Aachen-Forst beschäftigte Diplomingenieur Theodor Pesch aus Aachen wurde verhaftet. Die Verhaftung, die bisher geheimgehalten wurde, erfolgte bereits vor einigen Wochen. Pesch soll Fabrikationsgeheimnisse über das Herstellungsverfahren des sogenannten Panzerglases an Sowjetrußland verraten und Panzerglas nach dort geschafft haben. Dieses schußsichere Panzerglas ist eine Spezialität der Firma Neutex, die hierfür alleiniger Hersteller ist.

★

)(**Horst-Emscher, 22. April.** Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher August Griesert verschluckte vor einiger Zeit im Gerichtsgefängnis in Buer einen Löffel, um ins Krankenhaus zu kommen, von wo er dann vor etwa 14 Tagen ausreißen konnte. Am Mittwoch morgen konnte der steckbrieflich Verfolgte nunmehr gestellt und festgenommen werden. Die Polizei hatte davon Wind bekommen, daß sich der Verbrecher in dem Hause Burgstraße 34 in Horst einquartiert hatte. In aller Stille wurde das Haus von einem großen Polizeiaufgebot umstellt und der Verbrecher festgenommen. Bei seiner Einlieferung ins Polizeigefängnis zertrümmerte er vor Wut einen Schemel und verschluckte dann Holzspäne um nochmals ins Krankenhaus zu kommen. Diesmal aber wird dem Burschen keine Gelegenheit gegeben werden, Reißaus zu nehmen.

((**Sterkrade, 23. April. Tritt die katholische Elternschaft in den Schulstreik?** Nachdem alle Vorstellungen seitens der Elternschaft bei der Verwaltung keinen Erfolg erzielt haben, fand zur Abstellung der als völlig unhaltbar bezeichneten Schulzustände eine stark besuchte kathol. Elternschaftsversammlung statt, in der folgende Resolution angenommen wurde: „Die am heutigen Mittwoch abend im Saale der Tonhalle Broß versammelte Elternschaft des kath. Alleeschulbezirks fordert mit aller Entschiedenheit von der Stadtverwaltung die Zurückziehung der Sammelschule aus den Räumen der Alleeschule, damit diese wieder den Schülern des Bezirks ganz zur Verfügung steht. Die Elternschaft sieht sich den gegebenen Umständen zufolge veranlaßt, zu erklären, daß sie ab 1. Mai d. Js. ihre Kinder nicht mehr zur Schule schickt, falls ihrem gerechten Verlangen seitens der Verwaltung nicht Rechnung getragen wird. Die Verantwortung für diesen evtl. Schritt muß die Elternschaft wegen der Nichtinnehaltung der seinerzeit gegebenen Versprechungen der Schulaufsichtsbehörde auf diese abwälzen."

+ **Duisburg, 23. April. Die Duisburger Hafenbahn wird beseitigt.** Der Finanzausschuß nahm vor Beginn der Etatsberatungen eine Ortsbesichtigung der Hafenbahnstrecke zwischen Duisburg-Hauptbahnhof und dem Hafenbahnhof vor, der im organischen Zusammenhang mit den großen Umbauten am Hauptbahnhof beseitigt werden soll. Der Ausschuß stimmte dem Abkommen mit der Reichsbahnverwaltung zu, die den hohen Eisenbahndamm auf ihre Kosten beseitigen will, da die Erdmassen zur Anschüttung am Hauptbahnhof verwendet werden können. Die umfangreichen Erdarbeiten soll die Stadt als Unternehmer ausführen, wodurch zahlreiche Wohlfahrtserwerbslose Arbeit finden dürften.

÷ **Köln, 22. April. Falschmünzerei in der Gartenlaube.** Ein 30jähriger Arbeitsloser aus Köln-Mülheim hatte in einer Gartenlaube hinter dem Mülheimer Schlachthof eine Falschmünzerwerkstatt eingerichtet, in der er falsche Zweimarkstücke und 50-Pfennigstücke herstellte. Durch die Falschgeldzentrale der Kölner Kriminalpolizei ist es gelungen, diese vorzeitig aufzuheben. Elf falsche Zweimarkstücke und ein Fünfzigpfennigstück wurden beschlagnahmt. Außer dem Hersteller wurde ein Helfershelfer festgenommen, der ebenfalls arbeitslos ist. Wieviele Falschstücke bereits in den Verkehr gelangt sind, steht noch nicht fest.

:: **Trier, 23. April. Wie hoch belaufen sich die Besatzungsschäden?** Die endgültige Festsetzung der Immobiliarschäden, welche als Auswirkung der französischen Besatzung in Trier zu verzeichnen waren, steht vor ihrem Abschluß. Bisher wurden für rund eine Million Mark Immobiliar-Besatzungsschäden seitens der Feststellungsbehörde anerkannt. Es stehen derzeit noch bei rund 50 Wohnungen die endgültige Festsetzung aus. Es wird mit einer Endsumme von etwa 1¼ Million Mark gerechnet. Diese Ziffer spiegelt deutlich wieder, welche Unbillen und welches Ungemach die deutschen Menschen an der Mosel von der langjährigen Besatzung erdulden mußten.

Euskirchen, 22. April. Von der Lenkstange in den Tod. Ein 14jähriges Mädchen hatte auf der Lenkstange seines Fahrrads ein vierjähriges Brüderchen sitzen. Beide wollten ein schwerbeladenes Pferdefuhrwerk überholen. Dabei kam das Mädchen jedoch so unglücklich zu Fall, daß der Junge vom Pferd totgetreten wurde. Ein Wagenrad ging dem Mädchen über einen Arm und ein Bein.

((**Eschweiler, 23. April. Verfrühte Stillegungsgerüchte.** Zu dem Gerücht, daß der Eschweiler Bergwerksverein beabsichtige, die Grube Eschweiler Reserve und die Kokerei Rothberg stillzulegen, wird auf Anfrage mitgeteilt, daß diese Gerüchte zum mindesten stark verfrüht seien. Tatsache sei, daß auf Eschweiler Reserve neunmal soviel Wasser wie Kohle gefördert werde. In guten Zeiten sei es ein leichtes gewesen, diese unrentable Zeche in Betrieb zu halten. In schlechten Zeiten halte es jedoch außerordentlich schwer, da die Zeche nur dann rentabel bleibe, wenn für den Großkoks gute Absatzmöglichkeiten bestehen. Das könne man schon seit einiger Zeit nicht mehr sagen.

+ **Honnef, 23. April. Gewaltsame Räumung einer Nazigegner-Versammlung.** Im Honnefer Kursaal sprach ein Jesuitenpater über Nationalsozialismus und Kirche. Ein Nationalsozialist wurde nicht zum Wort zugelassen. Darauf entstand ein großer Tumult; Kommunisten und Nationalsozialisten sangen ihre Parteilieder. Die Polizei räumte darauf gewaltsam den Saal. Auf den Straßen kam es dann noch zu verschiedenen Zusammenstößen.

„Ein vornehmer Herr".

Heidelberg, 22. April.

In einer hiesigen Wirtschaft fiel ein Handwerksbursche auf, der nach reichlichem Mahl schließlich mit einem 50-Mark-Schein bezahlte. Die heimlich verständigte Polizei nahm ihn fest. Er erzählte, er habe von einem vornehmen Herrn in Neckargemünd den 50-Mark-Schein als Zehrgeld mit auf den Weg bekommen, als er ihn um eine milde Gabe ansprach. Nun interessierte sich die Behörde naturgemäß sofort für den vornehmen Herrn, und es gelang der dortigen Gendarmerie, den Spender ausfindig zu machen. Es war ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender Angestellter aus Bottrop, der sich schon mehrere Tage hier aufgehalten hatte und dann in Neckargemünd den freigebigen großen Mann spielte. Von Bottrop aus war schon ein Steckbrief hinter ihm her erlassen worden; denn er hatte der Spar- und Darlehnskasse Bottrop 25 000 Mark unterschlagen. Bei der Festnahme hatte er noch 12 000 Mark bei sich.

einnahmen ergaben die Einkommensteuer (— 365,4), die Körperschaftssteuer (— 50,1), die Umsatzsteuer (— 168,8), die Gesellschaftssteuer (— 19,3), die Wertpapiersteuer (— 6,4), die Börsenumsatzsteuer (— 22,6), die Kraftfahrzeugsteuer (— 30,2), die Beförderungssteuer (— 44,8), die Zölle (— 183,0), die Tabaksteuer (— 56,9), die Biersteuer (— 76,8), die Einnahmen aus dem Spiritus-Monopol (— 83,4) und die Mineralwassersteuer (— 20,0). Dagegen haben bemerkenswerte Mehreinnahmen nur die Lotteriesteuer (+ 5,9) und die Obligationssteuer (+ 2,4).

An der oben erwähnten Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM. sind die Knappschafts- und Invalidenversicherung mit 125 Millionen RM., die Länder mit 336,8 Millionen RM. beteiligt. Das Mindera ufkommen für das Reich beträgt 778,9 Millionen RM. Bei der Aufstellung des Finanzprogramms der Reichsregierung im November 1930 wurde mit einem Gesamtfehlbetrag im Reich gegenüber dem Reichshaushaltsplan in Höhe von 900 Millionen RM. gerechnet. Hiervon sollten 600 Millionen RM. aus Mindereinnahmen zu Lasten des Reichs aus Steuern und Zöllen und 300 Millionen RM. auf Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge entfallen.

Da nunmehr die Mindereinnahmen zu Lasten des Reichs, wie oben angegeben, 778,9 Millionen RM. betragen, hat sich also die damals bereits erwartete Mindereinnahme an Steuern und Zöllen zu Lasten des Reichs um rund 179 Millionen RM. erhöht. Hierauf ist schon im Haushaltsausschuß des Reichstages am 14. Januar 1931 und 13. März 1931 hingewiesen worden, in dem der Ausfall über die genannten 600 Millionen RM. hinaus schon im Dezember und Januar auf etwa 100 und zuletzt auf 160 Millionen RM. beziffert worden war.

*

Städtetag fordert Wiederherstellung des Berliner Brotpreises.

+ **Berlin**, 23. April.

Der Deutsche Städtetag hat in einer dringlichen Eingabe das Reichsernährungsministerium gebeten, in sofortiger Verhandlungen eine Wiederherstellung der Berliner Brotpreise durchzusetzen. Der Deutsche Städtetag verweist namentlich auf die großen Gefahren, die das Berliner Beispiel nicht nur für die Entwicklung in den übrigen Städten, sondern auch für die gesamte Preis-, Lohn- und Wirtschaftspolitik haben muß.

Die Straßburger Spionageangelegenheit.

Wieder eine Erfindung?

:: **Straßburg**, 23. April.

In weitesten elsaß-lothringischen Kreisen begegnen die Pariser Meldungen über die Spionage mehrerer Elsässer zugunsten Deutschlands stärkstem Mißtrauen, da von französischer Seite in den letzten Jahren wiederholt unter dem Vorwand von Spionage Anklagen erhoben worden sind, die sich bisher als gegenstandslos erwiesen. Besonders erinnert man sich des Falles der Elsässer Baumann und Kohler, zweier Angestellter Bulachs in der Zeit der Autonomistenverfolgung. Sie waren während des Kolmarer Komplottprozesses, in dem sie mitangeklagt waren, vom Generalstaatsanwalt Fachot ständig als gefährliche Spione bezeichnet worden und auch in Straßburg wegen Spionage verurteilt. Im anschließenden Berufungsverfahren hat sie dann jedoch das Kolmarer Oberlandesgericht völlig freigesprochen, da sich die Beschuldigungen als freie Erfindungen der beteiligten Polizeikommissare herausstellten. Erstaunlich findet man es hier, daß die französischen Meldungen über das neue Spionageverfahren so sehr unterstreichen, daß es sich um lauter Elsässer handelt.

*

Französische Militärflieger überfliegen deutsches Gebiet.

:: **Saarburg**, 22. April.

Am Montag nachmittag 17,30 Uhr überflogen drei französische Militärflugzeuge deutsches Gebiet im südlichen Teil des Kreises Saarburg. Die Flugzeuge, die in südöstlicher Richtung von dem lothringischen Orte Tintingen her in einer Höhe von schätzungsweise 5—600 Meter herankamen, überflogen die deutsche Grenze in Richtung Eft. Ueber dem Schulhof in Eft bogen sie nach Südwest in Richtung Merschweiler—Diedenhofen ab und verschwanden wieder über die Grenze nach Lothringen zu. Die Länge der Flugstrecke, die die französischen Flieger über deutschem Gebiet zurücklegten, dürfte 1000 Meter betragen. Von Bewohnern des Ortes Eft und Arbeitern, die außerhalb des Ortes beim Wegebau beschäftigt waren, wurden die Flugzeuge deutlich als französische Flugzeuge erkannt. Es ist nicht das erstemal, daß französische Militärflieger an die Grenze kamen.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß bisher in Berlin amtlich noch keine Nachricht über diesen Fall vorliegen. Die Nachricht wird jedoch auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden.

*

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.

)(**Moseritz**, 23. April.

Das hiesige Erweiterte Schöffengericht verurteilte heute nach sechsstündiger, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, abgehaltenen Sitzung den Brunnenbauer Kotzgeck, den Arbeiter Switalla und den Kraftwagenführer Konieczek wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu je drei Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht hat den Tatbestand der Spionage als erfolgt angesehen, da die Angeklagten seit dem Jahre 1924 erwiesenermaßen mit polnischen Grenzbeamten in Verbindung getreten sind und ihnen Mitteilungen über die Reichswehr, über die Zollbehörden und über den Stahlhelm, sowie Pläne von wichtigen Arbeiten haben zugehen lassen.

Zollabkommen und Wirtschaftsaktion der Kleinen Entente.

Benesch stellt sich als Schützer Oesterreichs hin.

)(**Prag**, 23. April.

Minister des Aeußern Dr. Benesch gab in den Außenausschüssen beider Kammern ein ausführliches Exposé, das der Frage der österreichisch-deutschen Zollunion gewidmet war.

Er ging auf die Argumente des Reichsaußenministers Dr. Curtius ein und bezeichnete den Standpunkt, daß der Zollunionsplan als wirtschaftliche, unpolitische Aktion in Genf ausschließlich nach der juristischen Seite überprüft werde, als unhaltbar. Man könne doch nicht ernstlich behaupten, daß die Frage irgendwelcher Wirtschaftsoperationen größeren Stils in Europa heute, wo allmählich drei Viertel der gesamten europäischen Politik nur Wirtschaftsfragen bilden, eine unpolitische Angelegenheit sei! Speziell die österreichischen Wirtschaftsfragen seien mit dem Friedensschluß eminent politisch. Hierbei handele es sich um eine Wirtschaftsfrage, die einen speziell politischen Aspekt besitze, den sogenannten Anschluß, von dem sie nicht getrennt werden könne. Jede gesonderte Betrachtung der politischen, der wirtschaftlichen und der rechtlichen Seite dieses Problems wäre künstlich. Es würde bedeuten, die Augen vor der Wirklichkeit zu schließen. Jede Zollunion von Staaten wie Deutschland und Oesterreich müsse als ein Schritt zu vollständiger wirtschaftlicher und politischer Unifizierung angesehen werden; die Klausel von der Wahrung der Selbständigkeit der kleineren Staaten habe nur akademische Bedeutung. Die Zollunion soll das Beispiel eines regionalen Uebereinkommens im Genfer Sinne sein. Die beste Antwort darauf sei, daß alle übrigen Interessenten diesen Versuch im Gegenteil als einen ungeeigneten Schritt zur Kooperation ansehen und nicht als Beispiel eines regionalen Uebereinkommens, das zur Einigung Europas führen könnte. Im Gegenteil sei es ein Schritt zur Schaffung von zwei einander gegenüberstehenden Blocks.

Bei dieser Gelegenheit streifte Dr. Benesch die politischen und wirtschaftlichen Aktionen der Kleinen Entente. Er erinnerte an die Konferenz von St. Joachimsthal im Jahre 1927 und an den ersten praktischen Schritt zur sogenannten Oekonomisierung der Kleinen Entente auf der Konferenz in Bukarest im Jahre 1928. Die Bestrebungen einer sogenannten Oekonomisierung der Kleinen Entente wurden aber niemandem geheim gehalten. Sie waren gegen niemanden, weder gegen Deutschland oder Italien oder gegen Oesterreich oder Ungarn gerichtet. Namentlich Italien und auch Deutschland gegenüber habe der Minister immer betont, daß die Kleine Entente weder wirtschaftlich, noch politisch gegen irgend jemand gerichtet sei. Oesterreich haben wir niemals in irgeneine Kombination gelockt und wollten es auch nicht hineinziehen. Er habe dagegen die Notwendigkeit einer eigenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Oesterreich und den übrigen mitteleuropäischen Staaten stets betont, aber dabei die Teilnahme bloß einer einzigen Großmacht allein abgelehnt, weil dies eine Störung des europäischen Gleichgewichts gewesen wäre. Er habe eine Gruppierung der kleinen Staaten und dann ihre Angliederung an die drei interessierten Großmächte Deutschland, Frankreich und Italien gewünscht.

Ueber die Verletzung internationaler Verbindlichkeiten durch den Plan der sogenannten Zollunion heute zu streiten, wäre überflüssig. Es sei nahezu gewiß, daß sich mit der Frage der Internationale Gerichtshof im Haag beschäftigen werde, und man könne nicht zweifeln, welchen Standpunkt er einnehmen werde, weil der Sinn und Text der Verträge von Versailles und St. Germain und des Genfer Protokolls von 1922 absolut klar seien. Das einzige ernste Argument sei eigentlich die Erklärung der Wiener Regierung, daß Oesterreich in seiner wirtschaftlichen Situation auf eine europäische Lösung nicht warten könne. Dieses Argument reiche aber nicht aus, um die Richtigkeit des Planes und Vorgehens zu beweisen. Der vorbereitete Plan Oesterreichs helfe ihm nicht nur nicht, sondern berühre sein wirtschaftliches Leben so, daß er ihm tödliche Wunden versetzen könne.

Der ganze Plan der Zollunion, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, sei undurchführbar. Das gesamte europäische Wirtschafts- und Handelssystem sei auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut. Eine deutsch-österreichische Zollunion, welche innere Zölle beibehalte, verletze diese Klausel. Die Beseitigung der Klausel würde ein allgemeines Chaos in Europa und den Handelskrieg aller gegen alle bedeuten. Wir können nicht einer Kombination der sogenannten Zollunion in sui generis beitreten, wo wir uns der wirtschaftlichen Bekämpfung der Staaten aussetzen, welche auf die Meistbegünstigungsklausel nicht verzichten. Wir können nicht ein System annehmen, das die Struktur unseres Wirtschaftslebens umwandeln würde.

Ebenso gewichtig sind unsere politischen Gründe gegen den Plan. Politisch würde die Tschechoslowakei in einem 70 Millionen-Block fast jede politische Bedeutung verlieren. Ich sage dies nicht aus Abneigung gegen die Deutschen. Ich achte Deutschland und die Deutschen, ihre hohe Kultur, ihre Kraft und Arbeitsamkeit. Wir haben aber während des Weltkrieges gelernt, daß die Organisation Europas, so, wie wir sie alle wünschen, nicht durch die Vorkriegs-Präponderanz eines großen Staates (aber die Frankreichs?) verwirklicht werden kann, welche zu dem großen politischen Block und zum Kriege geführt hat. Die Tschechoslowakei kann keiner Kombination beitreten, welche nicht in Genf oder wenigstens im Einvernehmen mit den Hauptinteressenten vereinbart wäre. Ohne Einigung zwischen Berlin und Paris (!) wird in Europa kein Friede sein. Ferner kann die Tschechoslowakei einfach vom Standpunkt ihrer internationalen Verpflichtungen nicht an einer deutsch-österreichischen Kombination teilnehmen, denn sie hat die Friedensverträge von Versailles und St. Germain und das Genfer Protokoll hintertrieben.

Es verbleibt also nur die Möglichkeit einer ausschließlich deutsch-österreichischen Zollunion. Wir sind gegen einen solchen Plan ebenso wie gegen den großen Plan und zwar gleichfalls aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Die Bedrohung unserer wirtschaftlichen Existenz und der wirtschaftliche Druck Deutschlands auf die östlichen Staaten würde diese auch zu einer Wirtschaftseinheit nötigen und für uns würde dies bedeuten, uns umzuorientieren. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der heutigen Krise müßten durch eine europäische Kooperation gelöst werden. Nach meinem Urteil kann diese Krise nur gelöst werden durch einen gesamteuropäischen, für alle annehmbaren Plan.

Vor allem handelt es sich um die Lösung der Agrarkrise in den Agrarstaaten in Südost- und Zentraleuropa. Dann wird es sich darum handeln, daß die wichtigsten europäischen Industriestaaten zu dem Grundproblem dieser Agrarkrise einen einheitlichen Standpunkt einnehmen, schließlich daß die Industriestaaten die ersten Versuche eines europäischen Abkommens in der Industrieproduktion machen.

Die Arbeitslosigkeit vor dem Internationalen Arbeitsamt.

Unbrauchbare Vorschläge.

× **Genf**, 22. April.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine heutige Tagung mit einer Debatte über die von Albert Thomas ausgearbeiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeschlossen. Ueber die Vorschläge ist bereits berichtet worden. Thomas erläuterte sie kurz. In der darauffolgenden Debatte wurden sie von fast allen Rednern ziemlich zurückhaltend beurteilt.

Der deutsche Arbeitnehmervertreter Müller gab seiner Enttäuschung über die Vorschläge, die in der gegenwärtigen Krise nicht das Allergeringste bessern könnten, Ausdruck.

Der Vertreter der deutschen Regierung Regierungsrat Lemmle verwies auf den Vorschlag, den kürzlich die deutsche Kommission für Arbeitslosenfragen der deutschen Regierung gemacht hat. Er bemerkte dazu, daß es für ein einziges Land schwer würde, eine richtige Lösung des Lohnproblems zu finden. Es sei zu bedauern, daß der Verwaltungsrat in diesen Punkten im Januar zu keinem Ergebnis gekommen sei und daß seine Autorität nicht helfen könnte, sie zu lösen. Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien zweifellos nicht geeignet, das Uebel der Arbeitslosigkeit von der Wurzel auf zu heilen. Aber nicht die Einzelheiten seien das wichtigste an ihnen, sondern die Tatsache, daß hier ein ernsthafter Versuch gemacht werde, einmal aus dem Stadium der Diskussion herauszukommen und die Dinge praktisch anzufassen. Diesen Willen zu konkreter Gestaltung wünsche er auch der Europäischen Union, die für die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen zuständig sei.

In der Spätabendsitzung beleuchtete der deutsche Arbeitgebervertreter Dr. Krüger das Problem vom Standpunkt des Unternehmers. Den Vorschlägen des internationalen Arbeitsamtes sei, so führte Dr. Krüger aus, praktische Bedeutung kaum zuzuschreiben. Es habe aber die vielfältigen Initiativen und Bemühungen in den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Ländern nicht sehen wollen, wenn eine internationale Instanz es heute noch für möglich halte, mit Vorschlägen, wie die des Ausbaues eines intereuropäischen Straßennetzes, der Einführung einer internationalen Arbeitsvermittlungsstelle, oder der Einführung der automatischen Kuppelung, die Oeffentlichkeit zu einer Bemühung um die Behebung der Arbeitslosigkeit anregen zu können. Ein wichtiger Teil der internationalen Wirtschaftspolitik sei die Goldpolitik der verschiedenen Länder. Die Goldpolitik werde heute noch häufig nicht von wirtschaftlichen, sondern von rein politischen Erwägungen bestimmt. Die auf Grund politischer Erwägungen fehlgeleiteten Goldströme seien es, die zu einem sehr großen Teil für die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die daraus resultierte Weltarbeitslosigkeit verantwortlich zu machen seien.

Die Aussprache endete mit der Ueberweisung der Vorschläge an die Europakommission. Auf Vorschlag des Vertreters Polens wurde beschlossen, daß der Verwaltungsrat auf einer späteren Tagung, falls sie die Europakommission für zweckmäßig hält, noch einmal sich mit den Vorschlägen beschäftigen soll. Die im Verwaltungsrat vertretenen Regierungen haben in diesen Tagen Besprechungen über die Frage des Vorsitzes der diesjährigen Arbeitskonferenz, die am 28. Mai in Genf beginnt, gehabt. Man kam überein, daß Polen in diesem Jahre den Konferenzvorsitz übernehmen soll. Die formale Entscheidung liegt jetzt bei der Konferenz, die statutenmäßig den Präsidenten selbst wählt. An der Wahl des polnischen Delegierten beim Völkerbund, Sokal, wird nicht gezweifelt.

Eine dauernde Gesundung der europäischen Wirtschaft ließe sich schließlich durch einen dreifachen Prozeß durchführen: Vor allem eine Stabilisierung der Industriezölle, dann eine allmähliche Herabsetzung aller Zölle und schließlich die Ausgleichung der Zölle für die Hauptprodukte, sodaß es zu einer tatsächlichen Ausgleichung in allen wichtigen Industriestaaten Europas käme und damit für ganz Europa so etwas ähnliches, wie der deutsche Plan für Mitteleuropa sein wolle. (Spricht da noch Benesch, oder Briand?) Der Zollfriede sei ein gesunder und richtiger Gedanke gewesen. Aber er sei gescheitert unter anderem auch an den Vorbehalten Oesterreichs, welches geglaubt habe, daß es sich in seinem heutigen Zustande nicht die Hände binden könnte. Minister Dr. Curtius, so schloß der Außenminister, hat die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion aus eigener Initiative auch dem Europakomitee in Genf vorgelegt. Die tschechoslowakische Außenpolitik begrüßt dies. Das ist eigentlich der Weg, den man von Anfang an hätte gehen sollen, vor der Unterzeichnung des Planes und vor seiner Veröffentlichung als einer fertigen Tatsache. (??) Aber auch mit diesem Schritt kommt die ganze Angelegenheit auf die richtige Linie. Es besteht kein Zweifel, daß damit eine Situation vorbereitet wird, in der wir dann zu einem allgemeinen Abkommen gelangen werden. In unserer Politik gab es in diesem ganzen Streit nicht den Schatten einer Feindseligkeit, eines Gefühles des Widerstandes oder des Strebens, unsere Nachbarn zu schädigen. Wir sind Oesterreich und seiner Regierung freundschaftlich und aufrichtig gesinnt. Ich bin dafür dankbar, daß unsere Beziehungen zu Berlin so sind und bleiben: aufrichtig freundschaftlich. Wir werden uns immer auch in Zukunft offen sagen, was möglich ist und was nicht, offen und loyal werden wir gegenseitig unsere Interessen verteidigen. Zum Schluß erklärte Dr. Benesch, daß sich die allgemeine politische Linie der Tschechoslowakei durch diese Ereignisse in nichts ändere.

*

Der Eindruck in Berlin.

CNB **Berlin**, 23. April.

Die Rede, die der tschechoslowakische Außenminister heute zur Frage der Zollunion gehalten hat, findet in Berliner politischen Kreisen lebhafte Beachtung. Man vermerkt mit Genugtuung, daß die Rede durchaus sachlich ist. Das ist um so erfreulicher, als man in der Tschechoslowakei bei der Behandlung des Problems der deutsch-österreichischen Zollunion nicht immer einen sachlichen Ton angeschlagen hat. Die Befriedigung über diesen Wandel, der sich in Prag vollzogen hat, wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß die Rede Beneschs sachlich in ihrem Inhalt viel zu wünschen übrig ließ. Er behauptet z. B., daß die Zollunion als ein politisches, und nicht als ein juristisches Problem angesehen werden müsse. Demgegenüber darf man darauf hinweisen, daß Benesch damit im vollen Gegensatz nicht nur zur Auffassung Deutschlands, sondern auch zu der des englischen Außenministers Henderson steht. Aus seiner Einstellung kann man jedenfalls nur entnehmen, daß Prag offenbar befürchtet, die juristische Prüfung der Angelegenheit würde zur Anerkennung der Zollunion führen. Wenn Dr. Benesch weiter der Besorgnis Ausdruck gibt, die Zollunion könne zur Bildung von zwei Blocks innerhalb Europa führen, so wird in Berliner politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht im geringsten das Bedürfnis einer Blockbildung empfindet. Dagegen muß bemerkt werden, daß Dr. Benesch sich bisher recht stark im Sinne einer Blockbildung betätigt hat. Man braucht nur daran zu erinnern, wie sehr er bei der Kleinen Entente engagiert ist. Die Reichsregierung ging noch vor zwei Jahren so weit, nicht nur Oesterreich, sondern auch der Tschechoslowakei einen Vorschlag zu einer Angleichung der Wirtschaftssysteme zu machen, die von einer Zollunion nicht weit entfernt sein sollte. Der tschechoslowakische Außenminister hat diesen Vorschlag aber abgelehnt. Ebenso sind Oesterreich durch die Tschechoslowakei verschiedentlich Schwierigkeiten gemacht worden, wenn sich ihm günstige Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet boten. Das war z. B. der Fall bei den im Jahre 1926 geplanten Präferenzabkommen zwischen Oesterreich, der Tschechoslowakei und Italien; der Vertrag scheiterte kurz vor seinem Abschluß an der Haltung der Tschechoslowakei.

*

Die zollpolitischen Besprechungen zwischen Frankreich und England.

● **London**, 23. April.

Der Pariser Korrespondent der „Times" stellt fest, daß die französische Meldung von Vorbereitungen für einen neuen französisch-britischen Handelsvertrag auf einem Irrtum beruhe. Der britische Vorschlag der Herabsetzung von Tarifen scheine in Frankreich nicht ganz richtig verstanden worden zu sein. Die jetzigen Verhandlungen hätten ihren Ursprung in der Genfer Wirtschaftskonferenz, die vor vier Jahren stattfand, und in dem Vorschlag eines Tarifwaffenstillstands. Die britische Regierung habe seinerzeit die verschiedenen Regierungen gefragt, ob sie Vorschläge betreffend Herabsetzung ihrer Tarife erwägen würden. Sieben Vertreter, nämlich die von Frankreich, Deutschland, Belgien, der Schweiz, Polen, Oesterreich und Italien hätten bejahend geantwortet. Dies sei alles, worum es sich handele.

*

Eine französische Anleihe für die Tschechoslowakei.

◇ **Prag**, 22. April.

Die Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen dem Finanzministerium und einer bedeutenden französischen Bankgruppe schwebten, führten heute zu einer vorläufigen Einigung über die Bedingungen einer Anleihe. Die Anleihe soll 45 bis 50 Millionen betragen, zu 5½ Prozent verzinslich sein und bei einem Emissionskurs von rund 95 Prozent in 25 Jahren amortisiert werden. Die Genehmigung durch die Nationalversammlung ist natürlich die Vorbedingung für diese Anleihe. (Auch diese Anleihe stützt die Ansicht, daß Frankreich durch die Macht des Geldes, über die es verfügt, das Zustandekommen des deutsch-österreichischen Zollübereinkommens zu verhindern sucht. Die Rede Benesch's ist bereits eine Gegenleistung für die Anleihe.)

Zentrumsinterpellation gegen Schund und Schmutz.

((**Berlin**, 23. April.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hat zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine Große Anfrage eingebracht, die daran erinnert, daß der Landtag mehrere Anträge des Zentrums und anderer Fraktionen angenommen habe, die sich gegen Schund und Schmutz bei Auslagen in Kiosken, Zeitungsständen, in den Schaufenstern usw., sowie gegen Auswüchse im Theaterleben wandten und vor allem, soweit eine Verächtlichung von Ehe, Familie und Mutterschaft oder die Verletzung religiöser Empfindungen in Frage kommt. Die angenommenen Anträge hatten die Regierung ersucht, beim Reich auf eine Gesetzgebung hinzuwirken, die diese Auswüchse beseitigen könnte und in Preußen auf dem Wege von Verwaltungsmaßnahmen unverzüglich für Abhilfe zu sorgen.

In der jetzt vorliegenden Interpellation wird die Regierung gefragt, was sie auf die beiden Landtagsbeschlüsse zur Abstellung der Mißstände bis jetzt veranlaßt und in die Wege geleitet habe.

Strafantrag gegen Hitler.

● **München**, 23. April.

Diplomingenieur Ballerstedt, der Führer des Bayernbundes, teilt mit, daß er gegen Adolf Hitler Strafantrag stelle, weil er nach Blättermeldungen vor dem Schwurgericht Frankenthal (Pfalz) neuerdings behauptet habe, die Bewegung Ballerstedt sei separatistisch.

Chicago in Berlin.

+ **Berlin**, 23. April.

Ein unglaublicher Vorfall, der an das Treiben der Chicagoer Gangsters gemahnt, hat sich heute am hellen Nachmittag im Südosten Berlins zugetragen. Rund 12 Mitglieder des Unterweltvereins „Hand in Hand" versuchten mit Gewalt in die im Hinterhaus gelegene Wohnung des Schlossers Soppa einzudringen, gegen den sie offenbar deshalb einen Rachefeldzug planten, weil er an ihrem Treiben nicht mehr teilnehmen wollte. Soppa setzte sich zur Wehr und verjagte die Eindringlinge mit Revolverschüssen. Ehe sie jedoch aus dem Treppenhause über den Hof flüchten konnten, beugte er sich aus dem Fenster und verhinderte ihre Flucht, indem er auch den Hof mit Schüssen bestrich. Das durch die Detonationen alarmierte Ueberfallkommando konnte acht von der Bande festnehmen. Die übrigen dürften über die Dächer entkommen sein. Die Festgenommenen sind dem Polizeipräsidium eingeliefert worden.

44 geheimnisvolle Todesfälle in Kuba

● **Newyork**, 23. April.

Wie Associated Preß aus Santiago de Kuba meldet, ist gegen Major Senio Ortez, den bisherigen Militärkommandanten der Provinz Santiago, und gegen 15 weitere Personen ein Haftbefehl erlassen worden, der, wie verlautet, im Zusammenhang mit 44 geheimnisvollen Todesfällen steht, die in der letzten Zeit in der Provinz festgestellt wurden. Der Adjutant von Ortez, Leutnant Filipe Valles, hat sich in der vergangenen Nacht erschossen.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann wiedergewählt.

Eine Vertrauenskundgebung des Westfälischen Provinziallandtages.

+ **Münster, 23. April.**

In der heutigen Sitzung des Westfälischen Provinziallandtages stand zunächst auf der Tagesordnung die vom Wahlvorbereitungsausschuß vorgeschlagene Wiederwahl des Landeshauptmanns Dr. Dieckmann. Seine Wahlperiode läuft am 4. Februar 1932 ab. Als Berichterstatter sprach der Zentrumsabgeordnete Raestrup ihm für seine bisherige aufopferungsvolle Tätigkeit den Dank und das Vertrauen des Hauses aus. Für die Kommunisten war das eine Gelegenheit zum Protest. Und sie brachten es tatsächlich fertig, den Landtag mit der Wahl des Landeshauptmanns und der anschließenden Wahl der Landesräte, ein Geschäft, das in 20 Minuten hätte erledigt sein können, durch den auf die unmögliche Geschäftsordnung gestützten Antrag, daß jede einzelne Person durch Stimmzettel zu wählen sei, volle drei Stunden aufzuhalten. Es war dabei ein hübscher Scherz, daß die Kommunisten als Gegenkandidaten des bisherigen Landeshauptmanns Dr. Dieckmann den mit Fleiß sehr saloppgekleideten Provinziallandtagsabgeordneten Danielsmeyer vorschlugen, der ganz erstaunt um sich blickte, als das Haus bei seiner Namensnennung in ein tosendes Gelächter ausbrach. Weiter benannten die Kommunisten für die Landesratsstellen den seinerzeit zum Oberbürgermeister von Solingen gewählten, aber nicht bestätigten Kommunisten Weber-Solingen, den Stadtverordneten Wolters-Bottrop, den Stadtverordneten Renner-Essen und den Kommunisten Jegelka-Dortmund, die sich sämtlich bereit erklärt hätten, diese Aemter mit einer Höchstbesoldung von 600 ℳ monatlich zu übernehmen.

Natürlich war das Stimmenergebnis so, wie man es vorausgesehen hatte: erdrückende Mehrheit (112 von 127 Stimmen) für Dr. Dieckmann, dem sich nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten versagten. Ebenfalls wurden auch die Landesräte Schulte-Himmelpforten, Fröhlecke und Fix mit ähnlicher Mehrheit gewählt. Sie alle, besonders aber auch der Landeshauptmann, werden in der Wiederwahl ein ausgeprägtes Vertrauensvotum des Provinziallandtages erblicken, das umso schwerer wiegt, als in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not für Unzufriedenheit und Mißtrauen breite Tore offen stehen.

Größere Schwierigkeiten machte die Wahl des neuen Landesrates als Nachfolger für den in den Ruhestand tretenden Landesrat Schneider (S. P. D.). Die Sozialdemokraten schlugen als Kandidaten den Provinziallandtagsabgeordneten Haverkamp, Beigeordneten in Bochum-Linden, vor. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mit allen möglichen Gründen sämtliche Rechtsparteien und die Kommunisten, die die Einsparung dieser Stelle gemeinsam mit einem Elan verfochten, den man nicht gewohnt ist, wenn es sich um Prätendenten dieser Parteien handelt. Man merkte deutlich, worauf es bei der Rechten hinausging. Man wollte erstens keinen aus dem Arbeiterstand hervorgehenden Landesrat und zweitens keinen Sozialdemokraten. Mit teils ernst gemeinten und teils fadenscheinigen Gründen wurden alle Steinchen gesammelt, um einen großen Berg zusammenzutragen, der die Meinung des Zentrums erdrücken sollte. Mit Recht aber wandte der Abgeordnete Raestrup ein, daß man die Frage der Wiederbesetzung nur nach sachlichen Gesichtspunkten beurteilen könnte. Nachdem die Landesversicherungsanstalt eindeutig erklärt habe, daß sie auf der Wiederbesetzung unbedingt bestehen müsse, wenn die Arbeiten ordnungsmäßig weiter geführt werden sollten, daß weiter vor dem Kriege sieben und jetzt nur noch fünf Landesräte dort angestellt seien, sei die Sachlage doch klar. Und da weiter feststehe, daß Abgeordneter Haverkamp über die notwendige Eignung verfüge, habe man in der Zentrumsfraktion keine Bedenken, dem Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses zuzustimmen. Haverkamp wurde denn auch gewählt, und zwar erhielt er 74 Stimmen, während 41 auf den vom Evangelischen Volksdienst vorgeschlagenen Landesassessor Dr. York und 11 Stimmen auf den kommunistischen Vorschlag entfielen. Im übrigen wurde ausdrücklich beschlossen, daß sich die Besoldung sämtlicher Beamten der Provinz nach der neu zu erwartenden preußischen Besoldungsordnung richten solle, sodaß damit zu rechnen ist, daß in den nächsten Wochen auch bei der Provinz eine Angleichung der Gehälter an das Staatsniveau erfolgen wird.

Der Präsident teilte nach Bekanntwerden des Ergebnisses dem Landeshauptmann unter dem Beifall des Landtages die Wiederwahl mit und sprach ihm die Glückwünsche zu der Wahl und dem Vertrauen, das ihm von weitesten Kreisen der Provinz entgegengebracht werde, aus. Gleichzeitig dankte er dem Landeshauptmann für das, was er für die Provinz und besonders für die Notleidenden getan habe.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann dankte für die Glückwünsche und das große Vertrauen, das man ihm beweise. Er versicherte weiter, daß es ihm eine große Ehre und Genugtuung sei, für die geliebte Heimatprovinz wirken zu können, getragen von dem Vertrauen des Landtages und seiner tatkräftigen Mitarbeit. Mit den Worten: „Bleiben wir die gleichen in dem gegenseitigen Vertrauen und der verständnisvollen Zusammenarbeit zum Besten der Provinz Westfalen", nahm der Landeshauptmann dann die Wahl an.

Angenommen wurden sodann die Haushaltspläne der Landesbank und der Versicherungsanstalt. Zurückgestellt wurde der Antrag der Rechtsparteien betreffend 20prozentige Kürzung der Diäten der Landtagsabgeordneten und Ausschußmitglieder, verbunden mit einem Beschluß des Haushaltsausschusses, wonach Abgeordnete, die gleichzeitig anderen Parlamenten angehören, nur einmal Diäten beziehen dürfen. Die Vertagung der Abstimmung auf Freitag beantragte der Abgeordnete Gissing (Zentr.), um in der Behandlung des Haushaltsplanes keine Verzögerung eintreten zu lassen.

Nach Verabschiedung noch einiger Einzelhaushalte (Fürsorge für Kriegsopfer, Schwerkriegsbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte, sowie Wohnungsfürsorge für kinderreiche Minderbemittelte, Haushalt der Straßenbauverwaltung und damit zusammenhängend der Antrag auf Gewährung außerordentlicher Mittel in Höhe von 5 Millionen Mark für Zwecke der Straßenverwaltung) vertagte sich das Haus auf Freitag vormittag 10 Uhr.



Wer auf den Geldbeutel sehen muss,
wird hier eine angenehme Überraschung erleben:

Eckstein No. 5

rund, dick, ohne Mundstück
eine Cigarette, die wirklich preiswert ist.
Stets frisch in der Einheitspackung zu 40 Pfg.

Kürten ein Sonderfall, daher Hinrichtung.

Des Massenmörders letztes Wort.

Die Berichterstattung über den Kürten-Prozeß hatte nicht zum wenigsten die Aufgabe, das Wesen des furchtbaren Menschen, wie es sich aus dem Prozeß-Verlauf ergab, der Mitwelt zu erschließen. Man wollte erkennen, welche seelischen und triebhaften Vorgänge in diesem Manne sich abgespielt haben, wie er zu den scheußlichen Verbrechen gekommen ist, wie er der größte aller Sexualverbrecher hat werden können, wie er sich heute zu seinen Untaten stellt. Das Bild des Mörders, das der Prozeß erkennen ließ, erfuhr nun noch in seinem Schlußwort nach den Plaidoyers eine gewisse Abrundung. Und unsere Berichterstattung würde unvollständig bleiben, wenn wir nicht, wie bereits gestern angekündigt, das sogenannte letzte Wort, das jedem Angeklagten rechtmäßig zusteht, im Falle Kürten etwas ausführlicher wiedergäben, als es in unserm gestrigen Berichte geschehen ist.

Kürtens letzte Worte waren eine längere Ansprache, bei der seine Selbstgefälligkeit und seine Großmannssucht in ungewöhnlichem Maße hervortraten. Er verkannte die moralische Bedeutung des Augenblicks für sich selbst anscheinend, wohl aber hielt er sich für berechtigt, anderen eine Moralpredigt zu halten, und z. T. über Dinge zu sprechen, die mit dem furchtbaren Ernst der Stunde nicht in Einklang zu bringen waren. Er verirrte sich so sehr in fernliegende Dinge und entfernte sich soweit von seiner Stellung als Angeklagter, daß er es für angebracht hielt, teilweise selbst den Ankläger zu spielen. Das stand gerade diesem Manne auch da, wo es sich um Dinge handelte, bei denen Kritik wohl angebracht ist, sehr schlecht an. Solche Kritik darf jeder andere eher aussprechen, als gerade dieser neunfache Mörder, brutale Sittlichkeitsverbrecher und Sklave aller niedrigsten Leidenschaften.

Landgerichtsdirektor Rose machte ihn auch aufmerksam, daß er sich durch seine Rede sehr viel verscherze. Nun erfaßte Kürten die Situation und trug ihr blitzschnell Rechnung.

Er hatte seine Rede mit dem Ausdruck des Abscheues über seine furchtbaren Taten begonnen, erklärte aber, daß in seinem Herzen ein Stachel zurückbleibe, wenn er an Dr. Wolf und eine Aerztin in Stuttgart denke, die von einer gewissen Schicht des Volkes noch gefeiert würden, obwohl schon annähernd ein halbes Tausend Morde ihre Hände befleckten. (Es handelt sich um die bekannte Affäre wegen des § 218. Die Redaktion.) Er könne es sich, sagte Kürten weiter, auch nicht versagen, dem Sachverständigen, Prof. Dr. Stolt, entgegenzutreten, der den Einfluß des Elternhauses auf die Jugend nicht für bestimmend halte. Man könne es nur bedauern, daß so Vieles und Mannigfaches geleistet werde an der Zerstörung der Familie. In diesem Sinne trat er der Propaganda der Gottlosen, wie sie früher und jetzt zutage trete, entgegen. Er sagte dann wieder, daß er seiner Frau seine Verbrechen gestanden habe, um ihr die Belohnung, die für die Ergreifung des Düsseldorfer Mörders ausgesetzt sei, zu sichern.

Er habe früher und jetzt die Zeitungsberichte über seinen Prozeß auf das Genaueste verfolgt und habe sich überzeugt, daß die Zeitungsberichte im großen und ganzen maßvoll gewesen seien. „Ich kann Ihnen verraten", fuhr er fort, „das geht besonders die Herren von der Presse an, Sie stellen sich vielleicht gar nicht vor, welch großes Unheil Sie damit verhütet haben. Ich habe schon einmal angedeutet, daß nicht zum wenigsten gerade das Gift, das durch die Sensationsberichte gewisser Revolverblätter mit dazu beigetragen hat, daß ich das geworden bin, als was ich heute vor Ihnen stehe. Man muß auch die Erfahrung jetzt machen, daß gerade die von mir bezeichneten Blätter am lautesten nach meinem Blute rufen und andererseits die schrecklichsten Berichte herausgeben."

Dann führte Kürten aus, daß seine Opfer es ihm sehr leicht gemacht hätten, indem sie sofort bereit gewesen seien, mit ihm die dunkelsten Wege zu gehen. Vielleicht sei das die Hoffnung gewesen, er würde ihr Bräutigam; denn die Jagd nach dem Manne nehme jetzt Formen an . . . . (Hier unterbrach ihn der Vorsitzende mit der oben erwähnten Bemerkung.)

Kürten lenkte sofort ein und gab seinem Bedauern Ausdruck für die Angehörigen der Opfer: Ich möchte es sogar wagen, die Angehörigen zu bitten, sofern es ihnen möglich sein könnte, mir zu verzeihen. Im Gegensatz zum Ersten Staatsanwalt behauptete er, daß in allen Fällen, die tödlich verlaufen sind, nie eine Quälung des Opfers stattgefunden habe. Die Opfer seien nach höchstens 30 Sekunden bereits bewußtlos gewesen. Wer behaupten wolle, daß er, wenn er unter den gleichen Umständen aufgewachsen wäre, ein Ehrenmann geblieben wäre, der dürfe den ersten Stein auf ihn werfen. Wenn er auch nur einmal die Todesstrafe erdulden könne, so dürfe man andererseits doch versichert sein, daß die Zeit zwischen der Verurteilung und dem Strafvollzug eine große Qual bedeute.

Kürten schloß: Wenn Sie das alles in Betracht ziehen und meinen wirklichen guten Willen, für die begangenen Taten Buße zu tun und sie zu sühnen, glaube ich doch, daß das große Rache- und Haßgefühl gegen mich wohl etwas nachlassen wird, und ich möchte Sie dann bitten: Seien Sie versöhnt!

Bemerkenswert an diesem letzten Wort des Angeklagten war noch für die Kaltblütigkeit und Ueberlegung, mit der er seine Verbrechen begangen hat, daß er genau angab, wie lange die Todesqual seiner Opfer gedauert hat.

Kürten hat das Urteil angenommen, auch die Staatsanwaltschaft hat auf Rechtsmittel verzichtet. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden. Jetzt kommt es auf den Justizminister und die Staatsregierung an. Diese hat bekanntlich seit der Hinrichtung des Raubmörders Böttchers im Januar 1928 grundsätzlich davon abgesehen, Todesurteile zu vollstrecken. Bekanntlich hat auch damals der Reichsjustizminister Koch-Weser die Länderregierungen ersucht, vorläufig keine Todesurteile zu vollstrecken und eine Entscheidung des Reichsgerichts über diese grundsätzliche Frage abzuwarten. Es scheint jedoch, daß die maßgebenden preußischen Stellen gewillt sind, den Fall Kürten, wie das gestern auch in unseren Bemerkungen geschehen ist, als einen ungewöhnlichen Sonderfall anzusehen, dem die bisherige grundsätzliche Begnadigungspraxis nicht gerecht werden würde. Man verhehlt sich natürlich nicht, daß damit gleichzeitig die Frage „Todesstrafe oder nicht" erneut angeschnitten und in gewissem Sinne auch präjudiziert werden würde. Von kommunistischer Seite wird bereits betont, daß, falls das preußische Staatsministerium die Begnadigung selbst in diesem ungeheuerlichen Falle aussprechen würde, damit praktisch im Sinne der Abschaffung der Todesstrafe entschieden worden sei.

Der normale Gang ist der, daß nach Vorliegen des schriftlich ausgefertigten Urteils die örtliche Gnadeninstanz des Landgerichts Düsseldorf zusammen mit dem Rechtsanwalt ein Gutachten auszufertigen hat. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Gutachten eine Begnadigung befürworten wird. Dann erst, also in einigen Wochen, wird das preußische Staatsministerium endgültig darüber zu befinden haben, ob Kürten hingerichtet werden soll.

Die Manteltarifverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert.

Die Verbesserungsvorschläge der Bergarbeiterverbände.

:: **Essen, 23. April.**

In der heute nachmittag begonnenen Tarifverhandlung machten die vier Bergarbeiterverbände folgende Vorschläge zur Verbesserung des Rahmentarifvertrages:

Die Schichtzeit unter Tage einschließlich Ein- und Ausfahrt soll 6½ Stunden betragen, an Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad nur 5½ Stunden. Die Arbeitszeit über Tage für erwachsene Arbeiter soll 7 Stunden betragen, wobei feste Pausen nicht einberechnet werden, die als Arbeitszeit bezahlt werden sollen. Betreffs dieser Arbeit forderten die Verbände folgende Aenderungen: Ueberstunden und Ueberschichten sind bei Gefahr für Menschenleben oder für Sicherheit des Betriebes sowie bei erheblichen Betriebsstörungen zu leisten. Im übrigen dürfen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Ueberstunden und Ueberschichten nur mit Zustimmung der Betriebsleitung verfahren werden. Ueberarbeit aus Gründen des Allgemeinwohles ist nur zulässig nach Vereinbarung zwischen den Tarifparteien. Für Ueber- und Nebenschichten an Werktagen soll ein Zuschlag von 25 Prozent gewährt werden. In der Urlaubsregelung werden weitere Vereinbarungen gefordert. Die Zahl der Urlaubstage soll über und unter Tage etwas erhöht werden. Für Arbeiter unter Tage werden bei 12jähriger Tätigkeit 15 Arbeitstage für Urlaub gefordert. Dann wird noch verlangt eine Aenderung des Gedingelohnes für die Akkordarbeiter unter Tage. Sie sollen als Mindestlohn den tariflichen Schichtlohn des höchstbezahlten Reparaturhauers zuzüglich 15 Prozent erhalten. Ferner wurde unentgeltliche Lieferung der Arbeiterschutzkleidung und bezüglich der Lieferung der Hausbrandkohlen ebenfalls eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand gefordert.

Die Verhandlungen wurden nach 1½ Stunden ergebnislos abgebrochen. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen. Voraussichtlich werden die Verhandlungen am 4. Mai fortgesetzt.

Der Schiedsspruch für die Angestellten Nordwest.

):(**Dortmund, 23. April.**

Der gestern in dem Gehaltsstreit der kaufmännischen und technischen Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest gefällte Schiedsspruch enthält noch folgende Einzelheiten: Die bestehenden Tarifgehaltssätze wurden in den niedrigen Gruppen um 6 Proz., in den übrigen Gruppen um 8 Prozent gekürzt. Außerdem tritt für die Dauer des Tarifes für die beiden niedrigen Gruppen ein Abzug von 4 Proz., für die übrigen Gruppen um 7 Proz ein. Es dürfen also insgesamt 10 bezw. 15 Proz an den Tarifgehältern gekürzt werden; dafür darf ein Abzug bei irgendwelcher Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten. Die Angestellten sind damit gegen unbezahlte Arbeitszeitverkürzungen für die Dauer des Tarifes völlig gesichert. Ferner verpflichten sich die Arbeitgeber, bei ihren Mitgliedern darauf einzuwirken, daß keinem der Angestellten mehr als im ganzen 15 Prozent des Bruttogehaltes von dem Jahreseinkommen fehlen dürfen, das er im vorigen Jahre hatte. Es sind nämlich im Laufe dieses Januar den Angestellten bereits von ihren Leistungszulagen etwa 6 Prozent im Durchschnitt abgezogen worden. Diese werden in den gesamten Lohnabzug eingerechnet. Es ist also mit dieser Regelung erreicht, daß ein sofortiger einmaliger höherer Abzug eintritt, daß aber für die ganze Dauer des Tarifes die Angestellten, bei denen eine Gehaltskürzung erfolgt ist, gegen Herabsetzung ihrer Gehälter durch Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Leistungszulagen geschützt sind, gegen deren Herabsetzung es sonst keinerlei tariflichen Schutz gibt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 24. April. — Nach einer Bemerkung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zum Schiedsspruch ist sicher damit zu rechnen, daß die Angestelltenverbände ihn ablehnen.

Aus Westdeutschland.

Wegen Industriespionage verhaftet.

÷ **Aachen, 23. April.**

Ein Fall von Industriespionage wurde auf einem Aachener Werk entdeckt. Der bei der Neutex Sicherheitsglas G. m. b. H. in Aachen-Forst beschäftigte Diplomingenieur Theodor Pesch aus Aachen wurde verhaftet. Die Verhaftung, die bisher geheimgehalten wurde, erfolgte bereits vor einigen Wochen. Pesch soll Fabrikationsgeheimnisse über das Herstellungsverfahren des sogenannten Panzerglases an Sowjetrußland verraten und Panzerglas nach dort geschafft haben. Dieses schußsichere Panzerglas ist eine Spezialität der Firma Neutex, die hierfür alleiniger Hersteller ist.

★

)(**Horst-Emscher, 22. April. Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher** August Griefert verschluckte vor einiger Zeit im Gerichtsgefängnis in Buer einen Löffel, um ins Krankenhaus zu kommen, von wo er dann vor etwa 14 Tagen ausreißen konnte. Am Mittwoch morgen konnte der steckbrieflich Verfolgte nunmehr gestellt und festgenommen werden. Die Polizei hatte davon Wind bekommen, daß sich der Verbrecher in dem Hause Burgstraße 34 in Horst einquartiert hatte. In aller Stille wurde das Haus von einem großen Polizeiaufgebot umstellt und der Verbrecher festgenommen. Bei seiner Einlieferung ins Polizeigefängnis zertrümmerte er vor Wut einen Schemel und verschluckte dann Holzspäne um nochmals ins Krankenhaus zu kommen. Diesmal aber wird dem Burschen keine Gelegenheit gegeben werden, Reißaus zu nehmen.

((**Sterkrade, 23 April. Tritt die katholische Elternschaft in den Schulstreik?** Nachdem alle Vorstellungen seitens der Elternschaft bei der Verwaltung keinen Erfolg erzielt haben, fand zur Abstellung der als völlig unhaltbar bezeichneten Schulzustände eine stark besuchte kathol. Elternschaftsversammlung statt, in der folgende Resolution angenommen wurde: „Die am heutigen Mittwoch abend im Saale der Tonhalle Broß versammelte Elternschaft des kath. Alleeschulbezirks fordert mit aller Entschiedenheit von der Stadtverwaltung die Zurückziehung der Sammelschule aus den Räumen der Alleeschule, damit diese wieder den Schülern des Bezirks ganz zur Verfügung steht. Die Elternschaft sieht sich den gegebenen Umständen zufolge veranlaßt, zu erklären, daß sie ab 1. Mai d. Js. ihre Kinder nicht mehr zur Schule schickt, falls ihrem gerechten Verlangen seitens der Verwaltung nicht Rechnung getragen wird. Die Verantwortung für diesen evtl. Schritt muß die Elternschaft wegen der Nichtinnehaltung der seinerzeit gegebenen Versprechungen der Schulaufsichtsbehörde auf diese abwälzen."

+ **Duisburg, 23. April. Die Duisburger Hafenbahn wird beseitigt.** Der Finanzausschuß nahm vor Beginn der Etatsberatungen eine Ortsbesichtigung der Hafenbahnstrecke zwischen Duisburg-Hauptbahnhof und dem Hafenbahnhof vor, der im organischen Zusammenhang mit den großen Umbauten am Hauptbahnhof beseitigt werden soll. Der Ausschuß stimmte dem Abkommen mit der Reichsbahnverwaltung zu, die den hohen Eisenbahndamm auf ihre Kosten beseitigen will, da die Erdmassen zur Anschüttung am Hauptbahnhof verwendet werden können. Die umfangreichen Erdarbeiten soll die Stadt als Unternehmer ausführen, wodurch zahlreiche Wohlfahrtserwerbslose Arbeit finden dürften.

÷ **Köln, 22. April. Falschmünzerei in der Gartenlaube.** Ein 30jähriger Arbeitsloser aus Köln-Mülheim hatte in einer Gartenlaube hinter dem Mülheimer Schlachthof eine Falschmünzerwerkstatt eingerichtet, in der er falsche Zweimarkstücke und 50-Pfennigstücke herstellte. Durch die Falschgeldzentrale der Kölner Kriminalpolizei ist es gelungen, diese vorzeitig aufzuheben. Elf falsche Zweimarkstücke und ein Fünfzigpfennigstück wurden beschlagnahmt. Außer dem Hersteller wurde ein Helfershelfer festgenommen, der ebenfalls arbeitslos ist. Wieviele Falschstücke bereits in den Verkehr gelangt sind, steht noch nicht fest.

:: **Trier, 23. April. Wie hoch belaufen sich die Besatzungsschäden?** Die endgültige Festsetzung der Immobiliarschäden, welche als Auswirkung der französischen Besatzung in Trier zu verzeichnen waren, steht vor ihrem Abschluß. Bisher wurden für rund eine Million Mark Immobiliar-Besatzungsschäden seitens der Feststellungsbehörde anerkannt. Es stehen derzeit noch bei rund 50 Wohnungen die endgültige Festsetzung aus. Es wird mit einer Endsumme von etwa 1¼ Million Mark gerechnet. Diese Ziffer spiegelt deutlich wieder, welche Unbillen und welches Ungemach die deutschen Menschen an der Mosel von der langjährigen Besatzung erdulden mußten.

Euskirchen, 22. April. Von der Lenkstange in den Tod. Ein 14jähriges Mädchen hatte auf der Lenkstange seines Fahrrads ein vierjähriges Brüderchen sitzen. Beide wollten ein schwerbeladenes Pferdefuhrwerk überholen. Dabei kam das Mädchen jedoch so unglücklich zu Fall, daß der Junge vom Pferd totgetreten wurde. Ein Wagenrad ging dem Mädchen über einen Arm und ein Bein.

((**Eschweiler, 23. April. Verfrühte Stillegungsgerüchte.** Zu dem Gerücht, daß der Eschweiler Bergwerksverein beabsichtige, die Grube Eschweiler Reserve und die Kokerei Rothberg stillzulegen, wird auf Anfrage mitgeteilt, daß diese Gerüchte zum mindesten stark verfrüht seien. Tatsache sei, daß auf Eschweiler Reserve neunmal soviel Wasser wie Kohle gefördert werde. In guten Zeiten sei es ein leichtes gewesen, diese unrentable Zeche in Betrieb zu halten. In schlechten Zeiten halte es jedoch außerordentlich schwer, da die Zeche nur dann rentabel bleibe, wenn für den Großkoks gute Absatzmöglichkeiten bestehen. Das könne man schon seit einiger Zeit nicht mehr sagen.

+ **Honnef, 23. April. Gewaltsame Räumung einer Nazigegner-Versammlung.** Im Honnefer Kursaal sprach ein Jesuitenpater über Nationalsozialismus und Kirche. Ein Nationalsozialist wurde nicht zum Wort zugelassen. Darauf entstand ein großer Tumult; Kommunisten und Nationalsozialisten sangen ihre Parteilieder. Die Polizei räumte darauf gewaltsam den Saal. Auf den Straßen kam es dann noch zu verschiedenen Zusammenstößen.

„Ein vornehmer Herr".

Heidelberg, 22. April.

In einer hiesigen Wirtschaft fiel ein Handwerksbursche auf, der nach reichlichem Mahl schließlich mit einem 50-Mark-Schein bezahlte. Die heimlich verständigte Polizei nahm ihn fest. Er erzählte, er habe von einem vornehmen Herrn in Neckargemünd den 50-Mark-Schein als Zehrgeld mit auf den Weg bekommen, als er ihn um eine milde Gabe ansprach. Nun interessierte sich die Behörde naturgemäß sofort für den vornehmen Herrn, und es gelang der dortigen Gendarmerie, den Spender ausfindig zu machen. Es war ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender Angestellter aus Bottrop, der sich schon mehrere Tage hier aufgehalten hatte und dann in Neckargemünd den freigebigen großen Mann spielte. Von Bottrop aus war schon ein Steckbrief hinter ihm her erlassen worden; denn er hatte der Spar- und Darlehnskasse Bottrop 25 000 Mark unterschlagen. Bei der Festnahme hatte er noch 12 000 Mark bei sich.

Um die Westdeutsche Meisterschaft.

V. f. B. Bielefeld — Alemannia Aachen.

Infolge des Länderkampfes gegen Holland und des zweiten, nur von Westdeutschland bestrittenen Länderkampfes gegen Luxemburg konnte nach Beseitigung zahlreicher Schwierigkeiten doch noch ein Endspiel für den Sonntag gerettet werden. Alemannia Aachen, das ursprünglich Münzenberg für die Nationalelf stellen sollte, spielt gegen den VfB. Bielefeld im Aachener Waldstadion. Die Tragik der Bielefelder liegt darin, daß sie stets auf Reisen müssen und selten vor eigenem Publikum spielen können. Alemannia Aachen dagegen hat in der Heimat eine starke Rückendeckung und wird über eine wesentlich größere Kampfkraft als in den bisherigen Spielen verfügen. Die Aachener müssen aber bedenken, daß sie es mit einem Gegner zu tun haben, der sich selbst gegen die überlegensten auflehnt und diesen trotzig die Stirne bietet.

In der Beurteilung der spielerischen Fähigkeiten beider Mannschaften stehen sich diese kaum nach. Die Alemannen haben zwar eine gute Hintermannschaft und auch eine ausgeglichene Mittellinie, in der Münzenberg überragen sollte, doch ist dafür ihr Angriff viel zu weich und in großen Kämpfen entschlußunfähig. Das Innentrio verfügt wohl über gute Einzelspieler, die sich aber gerade gegen die Bielefelder Hintermannschaft als wenig erfolgreich zeigen werden. Die Flügel sind noch die gefährlichsten Waffen im Angriff. Nur ein raumgreifendes auseinandergezogenes breites Spiel könnte den Alemannen zum Siege verhelfen. Bielefelds Elf gilt als eine ausgeglichene Einheit, die ihre besten Kräfte in der Hintermannschaft und im rechten Flügel hat. Die Läuferreihe ist ebenfalls gute Durchschnittsklasse und hielt bisher stets das, was man von ihr erwartete. Im Angriff sind neben der rechten Flanke noch der Linksaußen zu erwähnen. Auch hier pflegt man ein breites Flügelspiel, das schon oft zum Erfolge beitrug. Formgemäß müßte der Kampf einen durchaus gleichwertigen Verlauf nehmen. Kämpft Bielefeld mit dem gleichen Elan wie am Sonntag, dann liegt ein Sieg der Westfalen durchaus im Bereich des möglichen.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

⚔ **Berlin**, 23. April. Im Vormittagsverkehr und an der Vorbörse war die Haltung der Spekulation nach den neuen kleinen Kursrückgängen an der gestrigen Frankfurter Abendbörse abwartend zu nennen. Die New-Yorker Effektenbörse stand zwar auch gestern im Zeichen weiter rückläufiger Kurse, doch war für den Berliner Platz in der

Besserung der Lage am Arbeitsmarkt

ein nicht unbedeutendes Gegengewicht vorhanden. Allmählich kehren auch die Diskonthoffnungen wieder zurück, zumal man annimmt, daß

in New-York die stark einsetzenden Goldzuflüsse nur durch diskontpolitische Maßnahmen zum Halten gebracht

werden könnten. Bei sehr ruhigem Geschäft und ziemlich ausgeglichenem Stand des Angebotes und der Nachfrage waren die Kurse überwiegend bis zu 1¼% schwächer, während stimmungsmäßig eine größere Widerstandsfähigkeit zu erkennen war. Das Angebot stammte zumeist aus Kundenkreisen, während die Spekulation zum Ultimo etwas Deckungsbegehr zeigte. Auch die wenigen Auslandsordres waren geteilt; während Holland zu Verkäufen neigte, bekundete die Schweiz etwas Kaufinteresse. Ueber den üblichen Rahmen hinaus verloren einige Montanpapiere, Kaliaktien, Conti Gummi, Gesfürel, Maschinen Buckau, Hotelbetrieb und Reichsbank 2—4½%. Andererseits konnten Hackethal, Hirsch-Kupfer, Holzmann und Leopoldgrube bis zu 1½% anziehen. Im Verlaufe blieb das Geschäft zunächst ruhig, die Kurse zeigten nur kleine Veränderungen, die jedoch überwiegend Besserungen waren. Dann wurde es zunächst von Svenska ausgehend, die auf den guten Abschluß auch von Seiten der Auslandsarbitrage stärker gefragt und 8½ ℳ höher waren, allgemein unter Deckungen lebhafter und fester.

Die freundlichere Stimmung wurde durch bessere Auslandsmeldungen unterstützt,

als gegen ½1 Uhr Schuckert auf Dividendenhoffnungen bei größeren Umsätzen 4¼% gewannen, zogen die übrigen Kurse allgemein 1—2, vereinzelt bis zu 3½% über Anfang an. Anleihen ⅛% abbröckelnd, Ausländer geschäftslos, Pfandbriefe uneinheitlich, bei stärkeren Ausschlägen nach beiden Seiten, Industrieobligationen fester Reichsschuldbuchforderungen ¼%, in späten Fälligkeiten bis ½% niedriger. Am Devisenmarkt lagen Pfunde und Rio fester, Buenos leichter, Madrid schwankend. Geld unverändert.

Westfäl. Landesbank-Anleihen.

Amtl. Kurse vom	23. 4.	22. 4.
5% Westf. Landesbank Kohlenanleihe v. 23	12.50	12.50
6% Westf. Landesbank Dollargoldanl. v. 23	96	96
9% Westf. Landesbank Feingold R 4 v 25	98.25	98.25
7% Westf. Landesbank Feingold R 1 v. 26	93.75	93.75
6% Westf. Landesbank Feingold R. 1 v. 27	84.50	84.50
8% Westf. Landesbk. Feing. R. ⅔ v. 28/29	98.25	98.25
8% Westf. Landesbank Feingold R. 4 v. 30	98.25	98.25
6% Westf. Landesbk. Goldpfdbrf. R. ½ . .	100	100
7% Westf. Pfdbrf. A. f. Hausgrundst. R. 1 .	95.50	95.50
6% Westf. Pfdbrf. A. f. Hausgrundst. R. 1 .	84.75	84.75
8% Westf. Pfdbrf. A. f. Hausgrundst. R. 1 .	100	100
Westf. Prov. Anl.-Anl.	58.50	58.50

Märkte.

Schlachtviehmarkt Osnabrück.

⚔ **Osnabrück**, 23. April. Auftrieb: 71 Großvieh, 135 Kälber, 371 Schweine. Marktverlauf: Großvieh und Kälber langsam, Schweine mittelmäßig. Es kosteten: Bullen: a) 43—45, b) 40—42; Kühe: a) 39—41, b) 36 bis 38, c) 30—35; Färsen: 42—46; Kälber: a) 62—64, b) 55—61, c) 45—54; Schweine: a) 41, b) 39—40, c) 35 bis 38, Sauen: 35—39. Nächster Markt am 30. April.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 23. April 1931.

(Für Getreide je 1000 kg., für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	23. 4.	22. 4.
Weizen märk	288—90	288—90
Mai	301	302½—3¼
Juli	298—97½	300½—¾
September	252—51½	252½
Tendenz	matt	fester
Roggen märk	195—97	195—97
Mai	205½	206½—07
Juli	201½—0¾	202½
September	188½	190
Tendenz	matter	fester
Gerste		
Braugerste	—	245—52
Futtergerste	230—44	230—44
Wintergerste	—	—
Tendenz	ruhig	fest
Hafer märk	185—89	186—90
Mai	196—95	197½—98
Juli	201—199¾	203½
September	178	181—80½
Tendenz	matt	ruhig
Mai Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz	—	—

	23. 4.	22. 4.
Weizenmehl	34½—40½	34¾—40½
Tendenz	still	stetig
Roggenmehl	27—29.1	26.9—29.2
Tendenz	ruhig	etw. fest.
Weizenkleie	14—14¼	13½—14
Tendenz	fest	fest
Roggenkleie	14¼—14¼	14—14½
Tendenz	fest	fest
Raps	—	—
Tendenz		
Leinsaat	—	—
Tendenz		
Viktoriaerbs	24—29	26—29
kl. Speiseerbs	23—27	23—27
Futtererbsen	19—21	19—21
Peluschken	25—30	25—30
Ackerbohnen	19—21	19—21
Wicken	23—26	23—26
Lupinen blau	13½—15½	13½—15½
gelbe	22—26	22—26
Seradella alt	—	—
neu	66—70	66—70
Rapskuchen	9.8—10.2	9.8—10.2
Leinkuchen	14.1—14.3	14.1—14.3
Trockensch	8—8.2	8—8.2
Soyaschrot	14.2—14.9	14.2—14.9
Torfmelasse	—	—
Kartoffelflock.	15.5—16	15½—16

Speisekartoffeln, weiße	1.70—2.00
Speisekartoffeln, rot	2.00—2.30
Odenwälder, blaue	2.10—2.50
Andere gelbfleischige	2.90—3.30
Fabrikkartoffeln in Pf.	8½—9

Dortmunder Getreidebörse.

◉ **Dortmund**, 23. April. Diese Preise sind Großhandels-Verkaufspreise und verstehen sich per 100 kg waggonfrei Dortmund in Ladungen von 15 000 kg bei Mehlen zu Mühlen-Konventions-Bedingungen. Westf. Weizen 30; westf. Roggen 20,75—21; ostfr. Hafer 21,75 bis 22; ausl. Hafer 22—23; ausl. Gerste 22—22,5; Plata-Mais 26,5; Cinquantino-Mais 28,5; Weizenmehl Grundpreis 43—43,5; Roggenmehl 30,75—31; ostd. Roggenmehl 29,5; Weizenkleie 13—13,75; Roggenkleie 13—13,75; Trockenschnitzel 7,25—7,5; Zuckerschnitzel 10—10,25. Tendenz: stetig.

Hamburger Schlachtviehmarkt.

Hamburg, 23. April. Auftrieb: 542 Ochsen, 401 Färsen, 270 Bullen, 493 Kühe, 497 Stallmastschafe, 80 Weidemastschafe, 278 Lämmer. Marktverlauf: flau, schwere Bullen und alte fette Kühe vernachlässigt, Schafe ruhig. Es kosteten: Ochsen und Färsen: a) 50—51, b) 45—47, c) 38—42, d) 31—36! Bullen: a) 42—44, b) 39 bis 41, c) 34—37, d) 29—33; Kühe: a) 34—37, b) 29 bis 33, c) 23—27, d) 15—20; Stallmastschafe: a) 50—52, b) 40—45, c) 30—34, d) 15—25.

Berliner Produktenbericht.

⚔ **Berlin**, 23. April. Die Unsicherheit, die in der letzten Zeit infolge der Ungewißheit bezüglich der beabsichtigten Regierungsmaßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet den Produktenmarkt beherrscht, kommt in den täglichen Tendenzschwankungen deutlich zum Ausdruck. Nach der gestrigen Erholung war die Grundstimmung heute wieder matter, allerdings wurde von den Preisrückgängen in der Hauptsache das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft betroffen. Weizen setzte mit Ausnahme der Septembersicht, die ziemlich gehalten war, bis 2¾ ℳ niedriger ein, für Roggen betrugen die Preisverluste 1—1½ ℳ. Am Promptmarkte ist lediglich Weizen reichlicher angeboten und gab angesichts der Zurückhaltung der Mühlen um etwa 2 ℳ im Preise nach. Das Offertenmaterial bei Roggen hat sich kaum verstärkt und die ersthändigen Forderungen sind wenig nachgiebig, sodaß Abschlüsse auf Basis der um 1 ℳ ermäßigten Gebote zunächst wenig zustandekommen.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	23. 4. Brief	Geld	bezahlt	22. 4. Brief	Geld	bezahlt
loko	11.26	—	—	11.36	—	—
Mai	10.71	10.64	10.64	10.73	10.70	—
Juli	11.02	11.01	11.02	11.09	11.07	—
Oktober	11.33	11.31	11.32	11.36	11.34	11.35
Dezember	11.53	11.52	11.53	11.59	11.56	—
Januar 1932	11.63	11.61	11.63	11.71	11.66	—
März 1932	11.82	11.78	11.78	11.87	11.83	—

Tendenz: abgeschwächt

Liverpool: Baumwolle

	23. 4.	22. 4.			23. 4.	22. 4.
loko	5.54	5.57	Dezember	32	5.69	5.72
April	5.41	5.41	Januar	32	5.73	5.76
Mai	5.41	5.43	Februar		5.78	5.80
Juni	5.45	5.47	März		5.83	5.85
Juli	5.49	5.52	April	32	5.87	5.89
August	5.53	5.56	Mai	32	5.91	5.94
September	5.57	5.60				
Oktober	5.61	5.64				
November	5.65	5.68				

Tendenz: ruhig — behauptet

	23. 4.	22. 4.
Tagesimport	4300	—
Tageslokoverkäufe	7000	6000
Exportverkäufe	100	100
Egypt Upper F G fair loko	—	—

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	23. 4.	22. 4.
Loco M G Surtee fully good	4.32	4.36
„ M G Broach fully good	4.27	3.31
„ F G Americ. Sind/Punjab	3.39	3.43
„ M G Nr 1 Oomra fully good	3.87	3.91
„ M G Bengal fully good	3.58	3.62
„ M G Bengal superfine	3.88	3.92
„ M G Scinde fully good	3.58	3.62
„ M G Scinde superfine	3.88	3.92

New Orleans: Baumwolle

	23. 4.	22. 4.		23. 4.	22. 4.
loco	9.84	9.84	Dezember	10.91—92	10.91
Mai	10.08—10	10.08—09	Januar	11.05—06	11.01
Juli	10.34—36	10.33—34	März	11.23	11.23
Oktober	10.70	10.69	Tendenz:	stetig	

New York: Baumwolle

	23. 4.	22. 4.		23. 4.	22. 4.
loco	10.05	10.05	Oktober	10.67—68	10.68—69
April	10.05	9.98	November	10.78	10.79
Mai	10.06—08	10.05—07	Dezember	10.89—90	10.90
Juni	10.18	10.18	Januar	11.01—02	11.00—01
Juli	10.31—32	10.32—33	Februar	11.11	11.10
August	10.44	10.46	März	11.21	11.22
September	10.58	10.59	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	6000
Zufuhren in Pacific-Häfen	—
Zufuhren im Innern	3000
Export nach England	2000
Export nach Frankreich	1000
Export nach dem übrigen Kontinent	—
Export nach Japan und China	—
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	45
Fracht für Standard	60

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, 24. April.

10,30 Uhr: Unterbrechung des Schallplattenkonzertes durch: Erste Meldungen amtliche Wasserstandsmeldungen und Zeitangabe.
11,20—12 Uhr: Schulfunk für die Mittelstufe höherer Lehranstalten. Französische Unterhaltung.
12,10 Uhr: Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
12,50 Uhr: Wetterbericht.
12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Festmarsch. 2. Lustspiel-Ouverture. 3. Capri und Taormina, sizilianische Barcarole. 4. Melodien aus der Oper „Martha". 5. Der erste Blumenstrauß, Walzer. 6. Rendez-vous bei Lehar. 7. a) Blumengeflüster; b) Aufzug der Stadtwache.
14,30 Uhr: Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Uhr: Wasserstandsmeldungen (Wiederholung), Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen.
15,50—16,20 Uhr: Kinderstunde. Else Vordemberge: Aus unserer Werkstatt.
16,20—17 Uhr: Jugendfunk. 1. Rektor Simon: Die Wut um den verlorenen Groschen, ein Beethoven-Märchen von W. Matthiessen. Am Flügel: Egbert Grape. 2. Walter Vollmer: Wir halten und pflegen Stubenvögel (2): Die Weichfresser.
17—18 Uhr: Besperkonzert des Orchesters des Südwestdeutschen Rundfunks, Leitung: Reinhold Merten.
18,15—18,35 Uhr: Gemeinverständliche Rechtskunde. Rechtsanwalt Dr. Jost: Die Rundfunkrechtsprechung des Jahres 1930 (2).
18,40—19 Uhr: Die Welt im Buch. Willi Schäferdiek: Neue deutsche Romane und Erzählungen. Paul Gurk: „Judas"; Otto Flake: „Monrijo"; Hermann Ungar: „Colberts Reise"; Arthur Holitscher: „Es geschieht in Berlin".
19—19.15 Uhr: Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Uhr: Vom Tage.
19,30—19,55 Uhr: Die weltwirtschaftlichen Räume. Universitätsprofessor Dr Kuske: Die afrikanischen Tropen (1).
19,55 Uhr: Erste Abendmeldungen.
20—20,30 Uhr: Meister der Operette. Ein Zyklus mit Schallplatten. Neues um Lehar und Kalman. Einführende und verbindende Worte: Paul Heinrich Gehly. Odeon-Schallplatten.
20,30 Uhr: „Wie werde ich reich und glücklich?" Ein Kursus in 10 Abteilungen. Text von Felix Joachimson. Musik von Mischa Spoliansky. Spielleitung: Ulmann. Musikalische Leitung: Eysoldt.
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24 Uhr: Konzertübertragung aus dem Café Grafenhof, Dortmund, Kapelle Farkas Miska.

Wetterbericht.

Essen, 23. April. Der Ostseewirbel ist nach dem südlichen Schweden gewandert und wird allmählich von einem neuen Tiefdruckkern aufgesaugt, der westlich von England liegt und sich weiter nordöstlich fortbewegen wird. Das Strömungssystem dieser beiden Störungszentren hat über dem mitteleuropäischen Festland allgemein eine südliche bis südwestliche Strömung entstehen lassen, die wärmere Luft aus südlicheren Gegenden heraufbefördert. Infolge der dadurch bedingten Föhnwirkung des Sauerlandes hat der südlichere Teil unseres Bezirks meist wolkenloses und warmes Wetter, das von dem über England liegenden Schlechtwettergebiet nur wenig beeinflußt wird und an seiner östlichen Grenze nur stärkere Bewölkung und einzelne Regenschauer verursacht. — Wettervorhersage für Freitag: Bei südlichen bis südwestlichen Winden warm, anfangs teils heiter, teils wolkig, später stärkere Bewölkung und Regenschauer möglich. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Meist wolkiges Wetter, aber trocken.

Hinweis.

Im allgemeinen Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe veröffentlicht das Landesfinanzamt Münster i. W. eine Verordnung über die Kontrolle der gewerblichen Vieh- und Schweinemästereien im Zollgrenzbezirk des LFA. Münster, auf die wir unsere interessierten Leser besonders hinweisen.

7. WESTFÄLISCHE
GASTWIRTSMESSE
DORTMUND VOM 24. 4. BIS 3. 5. 1931 WESTFALENHALLE

Pfingsten in Paris
Besuch der Kolonial-Ausstellung usw.
Billige Sonderfahrt
am 23. 5. Rückkehr am 26. 5.
Preis ab Köln u. zurück Köln 3. Kl. 30.—
„ „ „ „ „ „ 2. „ 47.50
Reisen nach Italien, Lourdes, Dalmatien, Nordkap, Spitzbergen, Schweden, Norwegen, Finnland, England usw.
Kostenlose Auskunft u. Prospekt durch das
Reisebüro M. Lückertz
Münster i. W. Drubbel 4.



Empfehle Freitag und Samstag
Pohlenfleisch
2½ Pfund Suppenfleisch . 1.— RM.
2½ „ Gehacktes . 1.— „
2½ „ Knoblauchwurst 1.— „
Prima Aufschnitt, Block- u. Mettwurst, ff Würstchen, sowie hartes Rauchfleisch u. tafelfertige Konserven in bekannter Güte.
Franz Schlebusch, Münster,
Sonnenstraße 43 und Bäckergasse 2.
Fernruf 23017.

Verordnung
über die Kontrolle der gewerblichen Vieh- und Schweinemästereien im Zollgrenzbezirk des LFA. Münster.

Auf Grund des § 2 Ziffer 2 der VO. des Reichsministers der Finanzen vom 7. 8. 30 (Reichsministerialblatt Seite 502) wird gemäß § 124 Absatz 3 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 (Bundesgesetzblatt Seite 317) hiermit verordnet:

§ 1

Die gewerblichen Vieh- und Schweinemästereien im Zollgrenzbezirk des Landesfinanzamts Münster werden der Buchkontrolle gemäß § 124 Abs. 3 des Vereinszollgesetzes unterworfen.

§ 2

§ 9 Ziffer 1 der Zollgrenzordnung für die Provinz Westfalen vom 13. 7. 1924 (Amtsblatt der Regierung zu Münster 1915 Seite 535) erhält folgende Fassung:

Im Grenzbezirk unterliegt der stehende Gewerbebetrieb derjenigen Personen, die mit transportkontrollpflichtigen Tieren (§ 2) Handel treiben oder solche Tiere mästen, der Buchkontrolle gemäß § 124 VZG.

§ 3

Die Verordnung tritt mit der Veröffentlichung im Reichsanzeiger in Kraft.

Anmerkung: Die Verordnung ist bereits am 18. 4. 31 in Nr. 90 des Reichsanzeigers erschienen und mit gleichem Tage in Kraft getreten.

Münster, den 16. April 1931.

Der Präsident des Landesfinanzamts.
I. V.:
ges. Düsing.

Nehme noch
Weidevieh
auf meine gut gedüngten, erstklassigen Weiden:
Rinder Rm. 50.—
Kühe Rm. 60.—
Pferde Rm. 70.—
für die ganze Weidezeit. Auftrieb 1. bis 10. Mai.
Boennerei Heinrich Tilshaus, Schermbeck.

Maß-Anzüge
wenig getragen, von besseren Herrschaften
von 9.— Mk. an
Mäntel „ 8.— „ „
Hosen „ 2.— „ „
Schuhe „ 2.— „ „
Ferner:
Neue Anzüge von 22.— Mk. an
Neue Hosen von 3,50 Mk. an
Neue Lederschuhe von 5,5 Mk. an
Gamaschen, Rindleder, von 6,50 Mk. an
Der weiteste Weg lohnt sich zum
Partiewarenhaus Lewenthal
Münster i. Westf., jetzt Königstr. 44
gegenüber der Ludgerikirche.
Auswärtige Kunden erhalt. eine halbe Fahrt vergütet. — Zu erreichen in 3 Min. durch den Verspoel, gegenüber d. Hauptbahnhof.

Hohes Gehalt und Spesen
Altangesehene Lebens-Versicherung sucht einen
Lebensversicherungs-Spezialisten
Achtung! Lebensstellung!
als Reise-Oberbeamten. (Außer Spesen und Provision evtl. Autozuschuß.)
Auch stellen wir hier einen **Platzvertreter** gegen feste Bezüge ein. Größeres Inkasso vorhanden und kann mitübernommen werden.
Nichtfachleute werden eingearbeitet.
Offerten unter 8306 an die Ann.-Exped. E. Vendel G. m. b. H., Münster, Salzstr. 36a.

Prima Rheinpfälz. Weiß- und Rotwein
v. Edelreben, frei dort. Station, in Leihfäss. v. 33-40 Lit. an (Faß franko zurück) pro Liter zu 77 Pf. geg. Nachn. Kgl. Nachbest. **Weingut Gebr. Oberheimann, Edenkoben** (Rheinpfalz).

Sächsische **Bettfedern-**
Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 48
Provinz Sachsen. Angerstraße 4
sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten — —
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen
Ferner **prima BETT-INLETT**
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei

Drehbarer
Postkarten-Verkaufsständer
für 120 Sorten, wie neu, Katalogpr. 34 M., zu 15 Mk. zu verk.
Th. Darley, Coesfeld i. W.

In 3 Tagen
Nichtraucher!
Auskunft kostenlos
Sanitas-Depot, Halle a. S. 343w

Anerkannter älterer
Heilkundiger
kann den Alleinverkauf meines orthopädischen Apparates mit lauf. Patientenbehandlung erhalten.
Kratochwil, Düsseldorf. Schließfach 115.

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Wegen Krankheit des jetzigen sofort tüchtiges
Mädchen
für alle Haus- u. Küchenarbeiten gesucht. (Kl. Haushalt.) Off. unter M S 652 an die Dülmener Zeitg. Dülmen i. W.

Suche ein gutes kath. zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Landwirtschaft, gegen guten Lohn.
Frau Möllers, Ochtrup Wester 32.

Suche zum 1. Mai ein tüchtiges, ehrliches
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Haus- und Gartenarbeit, zeitw. zum Bedienen der Gäste. Vorstellung erwünscht.
Gasthof Hayestadt, Dülmen i. W.

Ein junges braves
Mädchen
nicht unt. 19 Jahren, z. Erlernung des ganzen Haush. bei Familienanschluß und Taschengeld gesucht. Angeb. unt. Nr. 8526 an Buchhandlung C. Wallner, Stadtlohn.

HEIMARBEIT schriftl. Fuhrg. liefert. Halle a. S.

Für mehrere Plätze des Münsterlandes (Stadt- und Landbezirke) suchen wir noch geeignete Personen als
Vertreter
f. d. Verkauf unt. bestens bekannten, erstklassig. **Manufakturwaren** an die **Privatkundschaft.** Gut beleumundete Bewerber, verheiratet, in geordneten Verhältnissen lebend, die über ausgedehnten Bekanntenkreis verfügen, wollen sich unter Angabe von Alter u. bisher. Tätigkeit melden unter R 270 an die Anzeig.-Verw. der Jeno, Münster i. Westf.

Tüchtiger junger
Schneidergehilfe
für sofort gesucht.
Max Fonck, Emmerich a. Rh., 's-Heerenberger Str. 24.

Bis 15 Mark
täglich Verdienst durch Adressenschreiben.
Adressenverlag **Dill & Co., Zehdenick (Mark).**

Gesuche

Mädchen sucht Stellung
für alle vorkommenden Arbeiten. Offerten unt. G B 105 an den Neuen Emsboten, Warendorf.

Für gute kath. Jungen suchen wir
Land- und Lehrstellen
aller Art, möglichst bei Familienanschluß.
Caritasverband, Lehrer Kehler, Hamborn a. Rh., Klosterstr. 7.

Maler u. Anstreicher
der mehrere Jahre als Werkführer tätig war, **sucht Stellung** in Fabrik, klöst. Anstalt od. auch als Stütze des Meisters, ganz gleichwo. Off. unter F 74 an die Vorab. Allgem. Zeitg. (Fehmer), Borghorst.

Junges
Mädchen
sucht Stellung als Stütze der Hausfrau, am liebst. in Münster.
Off. unt. G K 75 an die Münsterl. Volksztg. in Rheine i. Westf.

Tüchtiges Fräulein vom Lande, in den mittleren Jahren, sucht Stelle als
Haushälterin oder Stütze
in gut bürg. Haushalt. Langjähr. Zeugn. liegen vor. Ang. unter P Z 800 an die Bayenburger Ztg. in Bayenburg (Ems).

Für ein 24jähr. jung.
Mädchen
suche ich sofort od. später **Stellung**, ohne gegenseit. Vergütung, im Privathaushalt, wo Dienstmädchen vorhanden ist. Angeb. unter H 50 an die Geschäftsstelle der Bentheimer Zeitung, Bentheim.

Suche zum 1. Mai od. später für eine 19jähr. brave **Vollwaise**
Stellung
in gut kath. Hause f. alle Hausarbeit, auch Koch- u. Nähkenntnisse vorhanden.
R. Möll rs. Lehrerin, Oberhausen-Osterfeld, Zechenstraße 15.

Kath. Landwirtssohn, 30 J. alt, von Jugend an in der Landwirtsch. tätig, sucht zum 1. Mai Stelle als
Kutscher oder 1. Ackerknecht
Off. unter B A 31 an d. Anzeigen-Vermittlg. M. Fr. Knüppel, Billerbeck i. Westf.